

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsheftige Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Berichts- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettdruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenaussagen und Schaffensanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Freitag, den 9. April 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der Erfolg der Ostertämpfe in der Karpathenschlacht.

Die Kämpfe zwischen Maas und Mosel.

Berlin, Donnerstag, 8. April. Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben:

Bereits der Bericht vom 6. April zeigte, daß es sich bei den Kämpfen zwischen Maas und Mosel nicht um eine zusammenhängende Schlacht in dem ganzen, beinahe 100 Kilometer ausgedehnten Abschnitt handelt. Einzelne räumlich getrennte Teile der gesamten Stellung bilden abwechselnd die Angriffspunkte der Franzosen, und nur der Gedanke einer beiderseitigen Umfassung der deutschen Linie gibt den einzelnen Kämpfen den inneren Zusammenhang.

Das Ergebnis des 6. April war, daß alle französischen Angriffe nordöstlich und östlich Verdun ebenso wie die Vorstöße auf dem Südflügel zusammengebrochen waren. Einen kurzen Erfolg der Franzosen auf der Combres-Höhe glichen die Gegenangriffe unserer Infanterie aus, so daß die Höhe am Abend in deutschem Besitz blieb.

Die Nacht zum 7. April verlief hier nach diesen schweren, für den Gegner sehr verlustreichen Kämpfen ruhig. Dagegen wurden die deutschen Stellungen auf dem Südflügel zwischen Flirey und der Mosel während der ganzen Nacht unter schwerem französischem Artilleriefeuer gehalten, das von unserer Artillerie durch einige erfolgreiche Gegenüberfälle erwidert wurde. Dieses Artilleriefeuer dauerte den ganzen 7. April an. Am frühen Vormittag wurde hier starke Besetzung der Schützengräben und die Versammlung von Reserven dahinter erkannt, und gegen 9 1/2 Uhr vormittags begannen Angriffe dieser Kräfte gegen das Bois Mort-Rare. Viermal stürmten sie gegen unsere Stellungen vor, um jedesmal mit schweren Verlusten zurückgeworfen zu werden. Haufen von Gefallenen türmten sich vor unseren Gräben. Ostlich des Bois Mort-Rare scheiterten über das offene Gelände unternommene französische Angriffe bereits in der Entstehung in unserem Artilleriefeuer, während sie links davon im Priesterwalde bis an unsere Stellungen gelangten, um hier im Feuer zu enden.

Im Bois d'Ailly gelang es einem von Bayern unternommenen Angriff, bis in die französischen Stellungen einzudringen und die



Gräben zu nehmen. Diese wurden nach ihrer Zerstörung aufgegeben, da ihr Besitz taktischen Wert im Rahmen unserer Stellung nicht hat.

Am Nordflügel wurde die Combres-Höhe heute vom frühen Morgen an mit schwerem Artilleriefeuer belegt. Vormittags entspannen sich auch hier wieder Infanteriekämpfe, zunächst mit wechselndem Ausgang, bis nachmittags als Enderfolg alle Gräben in unserer Hand blieben, worauf die Franzosen von neuem das Artilleriefeuer dorthin lenkten. Im Laufe des Nachmittags debütierte sich das Artilleriefeuer gegen unsere nördlich an die Combres-Höhe anschließenden Stellungen in der Woivre-Ebene aus. Ein dort auch heute wiederum mit starken Kräften unternommener ausgedehnter französischer Angriff brach in unserem Feuer zusammen. Der Tag endete mit einem deutschen Erfolg auf allen Teilen der Front.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers.

Am tlich. Großes Hauptquartier, den 8. April 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Kämpfe zwischen Maas und Mosel dauern fort. In der Woivre-Ebene östlich und südöstlich von Verdun scheiterten sämtliche französischen Angriffe. Von der Combres-Höhe wurden die an einzelnen Stellen bis in unsere vordersten Gräben eingedrungenen feindlichen Kräfte im Gegenangriff vertrieben. Aus dem Selouse-Walde nördlich von St. Mihiel gegen unsere Stellungen vorgebrochene Bataillone wurden unter schwersten Verlusten in diesen Wald zurückgeworfen. Im Walde von Ailly sind erbitterte Nahkämpfe wieder im Gange. Am Walde westlich von Apremont stießen unsere Truppen dem Feinde, der erfolglos angegriffen hatte, nach. Vier Angriffe auf die Stellungen nördlich von Flirey sowie zwei Abendangriffe westlich des Priesterwaldes brachen unter sehr starken Verlusten in unserem Feuer zusammen. Drei nächtliche französische Vorstöße im Priesterwalde mißglückten. Der Gesamtverlust der Franzosen auf der ganzen Front war wieder außerordentlich groß, ohne daß sie auch nur den geringsten Erfolg zu verzeichnen hatten.

In der Gegend von Reffel wurde ein feindliches Flugzeug, das aus Paris kam, zum Landen gezwungen. Der Flugzeugführer gab an, daß über die französischen Verluste in der Champagne-Schlacht in Paris noch nichts in die Öffentlichkeit gedrungen wäre.

Die Kämpfe am Hartmannsweilerkopf dauern noch an.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf der Ostfront hat sich nichts ereignet. Das Wetter ist schlecht. Die Wege im russischen Grenzgebiet sind zurzeit grundlos.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 8. April. (W. T. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 8. April 1915, mittags.

Die im Abschnitt der Ostbeskiden seit Wochen andauernden hartnäckigen Kämpfe haben in der Schlacht während der Ostertage ihren Höhepunkt erreicht. Ununterbrochene russische Angriffe, hauptsächlich beiderseits des Laborzatalles, wo der Gegner den größten Teil der vor Przemyśl freigeordneten Streikräfte einsetzte, wurden unter ganz bedeutenden Verlusten des Feindes in diesen Tagen zurückgeschlagen. Gegenangriffe deutscher und unserer Truppen führten auf den Höhen westlich und östlich des Tales zur Eroberung mehrerer starker russischer Stellungen. Wenn auch die Kämpfe an dieser Front noch nicht ihr Ende erreicht haben, so ist doch der Erfolg der Osterschlacht, die an zehntausend unverwundete Gefangene, zahlreiches Kriegsmaterial einbrachte, ein unbestrittener.

Ostlich des Laborzatalles wird im Waldgebirge in einzelnen Abschnitten heftig gekämpft.

In Südoostalgalizien stellenweise Geschützkampf.

In Russisch-Polen und Westgalizien verhältnismäßig Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Der Zweck der Dardanellenaktion.

Das Petersburger Arbeiterblatt „Sewerny Golos“ (Nordische Stimme) veröffentlicht einen Artikel des Genossen R. Pawlowitsch - Paris (der auch der deutschen Partei durch seine weltpolitischen Aufsätze in der „Neuen Zeit“ bekannt ist), in dem er, nach längeren Ausführungen über die Dardanellenfrage, den Inhalt einer Unterredung mit einem gut informierten französischen Diplomaten über die Ziele der Dardanellenaktion wiedergibt. In Anbetracht der Wichtigkeit, den Standpunkt der Dreiverbandsmächte in dieser Frage kennen zu lernen, lassen wir das Wesentlichste aus dem Bericht des Genossen Pawlowitsch nachstehend folgen.

„Als ich — beginnt der Bericht — dem erwähnten Diplomaten mitteilte, die russische liberale „Gesellschaft“ habe gehofft, Rußland werde bei dem Feldzug gegen Konstantinopel an der Spitze stehen und die kriegerischen Operationen gegen die Meerengen eröffnen, erwiderte er mir:

„Sie wissen besser als ich, was die russische „Gesellschaft“, die Liberalen, die Nationalisten wollten, aber als Diplomat kenne ich nur das und rechne ich nur damit, was Ihre Regierung gewollt hat. Das Bombardement der Dardanellen ist auf die Bitte und das Drängen der russischen Regierung eröffnet worden. In dieser Beziehung besteht zwischen Rußland, England und Frankreich vollkommene Solidarität. Glauben Sie denn, daß England und Frankreich zu einer Zeit, wo wir einen Riesenkampf gegen einen mächtigen Gegner führen, einen Schritt wagen würden, der die Interessen Rußlands berührt, und der nicht in allen Punkten, in allen Einzelheiten der russischen Diplomatie unterbreitet und von der Regierung akzeptiert worden wäre? Wir sind nicht wahrhaftig, und jetzt ist auch nicht der Augenblick für gegenseitige Intrigen und Hänkespiele. Deutschland spekuliert auch in der Dardanellenfrage auf die englisch-russische Neutralität, aber eben deshalb haben England und Rußland beschlossen, ihre Streitigkeiten und Unstimmigkeiten zu vergessen.“ (Die Haltung eines beträchtlichen Teiles der englischen Presse gestattet, hinter diese Behauptung des französischen Diplomaten ein großes Fragezeichen zu setzen. D. Red.)

Drei Umstände — fuhr der Diplomat fort — veranlaßten die verbündeten Regierungen, schon jetzt mit dem Bombardement der Dardanellen zu beginnen, ohne diese Expedition noch weiter zu vertagen. Diese Umstände waren folgende:

Rußland verfügt über ungeheure Reserven vollkommen kriegsfähiger Soldaten und vermag an die Stelle eines jeden getöteten oder aus der Front ausgeschiedenen Soldaten zwei neue einzustellen (?). Was es braucht, sind genügende Mengen von Kriegsmaterial. Frankreich kann die Lücken in seinen Kriegsvorräten dank der Zufuhr aus den Vereinigten Staaten und England leicht wieder füllen. Auch die russische Regierung wird keine Schwierigkeiten haben, wenn die Meerengen frei sein werden.

Der zweite Grund für eine Beschleunigung der Dardanellenaktion war der, daß man der Gärung in der mohammedanischen Welt entgegenwirken mußte. Die Mißerfolge in Ostpreußen, die Besetzung Belgiens und Nordfrankreichs durch die Deutschen, . . . übten auf die gesamte mohammedanische Welt eine starke Wirkung aus. In Ägypten, Afghanistan, Indien, ja selbst in Marokko und Persien machten sich deutliche Anzeichen von Unruhen unter den Muselmanen bemerkbar, die durch die Ereignisse des Krieges in hohe Erregung versetzt worden sind. Man konnte Unruhen, ja sogar den Ausbruch von ernstlichen Revolten befürchten. Deshalb mußte ein entscheidendes Mittel angewendet, und der mohammedanischen Welt, die gewohnt ist, sich vor der Nacht zu beugen, gezeigt werden, auf welcher Seite die größere Macht ist . . .

Der dritte Grund endlich, der Rußland, England und Frankreich veranlaßte, die Expedition gegen Konstantinopel zu beschleunigen, war die schwankende Haltung Italiens, das sich noch heute nicht entschlossen hat, mit den Waffen in der Hand in den Krieg einzugreifen, vor allem aber die verdächtige Haltung Rumäniens und Bulgariens. Die beiden letzten Staaten machten Anstalten, dem Stärkeren zu Hilfe zu kommen, ihre Haltung wurde mit jedem Tage verdächtiger. Jetzt ist der von Seiten dieser Staaten drohende Gefahr ein für allemal ein Ende gemacht. Einerseits brauchen Bulgarien und Rumänien, angesichts der in Aussicht genommenen Einnahme Konstantinopels durch die englisch-französische Flotte nicht zu fürchten, daß ein Land das Uebergewicht erlangen werde. Andererseits haben die rumänischen und bulgarischen Germanophilen, daß England und Frankreich,

wenn Bulgarien und Rumänien sich jetzt den Zentralmächten anschließen sollten, imstande sein würden, ihre Hand nach ihnen auszustrecken und sie für ihre Treulosigkeit zu bestrafen. Deshalb bleibt den Bulgaren und Rumänen, wenn sie bei der Teilung der Türkei und Oesterreich-Ungarns einen Anteil an der Beute erlangen wollen, nichts anderes übrig, als sich England, Frankreich und Rußland anzuschließen.

Dies sind — schloß der französische Diplomat — die drei fundamentalen und äußerst wichtigen Gründe, die die Dreiverbandsmächte veranlaßt haben, die Expedition der englisch-französischen Flotte nach den Dardanellen zu beschleunigen und den Versuch zu machen, Konstantinopel möglichst bald einzunehmen.

Zwischen den Diplomaten des Dreiverbandes hat es sich so ergeben, daß dieser Versuch vorläufig erfolglos war und nutzlose Opfer gekostet hat. Und mit dem militärischen Mißerfolg sind auch eine ganze Anzahl diplomatischer Kombinationen wie ein Kartenhaus zusammengefallen.

Dardanellen-Kämpfer nach Aegypten.

Rom, 8. April. (W. Z. V.) „Tribuna“ meldet aus Athen: 25 000 Mann der Dardanellen-Expedition sind gestern unter General d'Amade nach Aegypten abgegangen. In Mudros sind nur ungefähr 5000 Mann geblieben, die sich zur Hälfte aus Senegalesen, zur anderen Hälfte aus Australiern zusammensetzen. Ein französischer Leutnant erklärte, das Expeditionskorps hätte nicht vollkommen in Mudros ausgeschifft werden können, da es in Mudros an Trinkwasser mangelte. Die Pferde starben, da die hygienischen Verhältnisse sehr schlecht waren. Man sah voraus, daß die Wartezeit der Truppen auf Lemnos sehr groß gewesen wäre und beschloß daher, sie in Aegypten auf die Wiederaufnahme der Operationen gegen die Dardanellen warten zu lassen, die nur bei vollkommenem Zusammenwirken der Land- und Seestreitkräfte stattfinden werde. Die auf Lemnos zurückgebliebenen Streikräfte stehen unter dem Befehl des Generals Beauvaine. Guepratte inspizierte Lemnos und die dortigen Lager am 4. April. Die Tatsache, daß die Soldaten große Höhlen zum Bau einer Wasserleitung legen, und der Bau eines Hospitals läßt vermuten, daß die Verbündeten den Plan aufrechtzuerhalten, Lemnos als Operationsbasis zu benutzen.

Rom, 8. April. (W. Z. V.) Die „Tribuna“ meldet aus Kairo: Das französische Operationskorps gegen die Dardanellen, das unter dem Befehl des Generals d'Amade steht, ist in Alexandria gelandet worden. Ueber das Ziel dieser Truppen wird vollkommenes Schweigen gewahrt. Man glaubt, daß das vorübergehend in Alexandria gelandete Korps den günstigsten Augenblick zur Landung vor den Dardanellen abwartet.

Mißglückter Landungsversuch bei Enos.

Konstantinopel, 8. April. Das Hauptquartier teilt mit: Ein Teil der feindlichen Flotte versuchte gestern, nachdem sie etwa 20 Granaten gegen die Station Dragodina bei Enos abgefeuert hatte, in zwei Barken Soldaten an Land zu bringen. Unsere schwachen Küstenschiffe genügten, um den Feind zu verjagen. Die feindliche Flotte schob, als sie sich zurückzog, noch einige Granaten gegen ein Haus ab, ohne Schaden anzurichten. Von den anderen Kriegsschaulagen ist nichts zu melden.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 8. April. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Mittwoch nachmittag. Eine deutsche Abteilung, der es gelungen war, auf das linke Ufer der Yser, südlich von Drie Craeten, mit drei Maschinengewehren zu gelangen, wurde von den belgischen Truppen angegriffen und zurückgeworfen. Westlich von Verdun machte uns ein Angriff in der Richtung auf Etain zu Herren der Höhen 219 und 221 und der Farmen Hanbois und Hospital. In Eparges gewannen wir Gelände. Wir behaupteten unsere Positionen und machten etwa 60 Gefangene, darunter 3 Offiziere. Im Walde von Killy und im Bois Brulé warfen wir einen Gegenangriff zurück und erzielten erneut einige Fortschritte, ebenso im Priesterwalde. Im Van de Sapit sprengten wir bei Fontenelle durch eine Mine feindliche Schanzarbeiten.

Paris, 8. April. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Mittwochabend: Das Wetter ist andauernd sehr schlecht. Trotzdem war die Tätigkeit zwischen Maas und Mosel sehr groß, wo wir alle unsere Gewinne behaupteten und neue Fortschritte erzielten. Westlich Verdun eroberten wir zwei Reihen Schützengräben. In Eparges machten wir in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch einen bedeutenden Sprung vorwärts. Den ganzen Tag über machten die Deutschen heftige Gegenangriffe, aber sie gewannen nichts. Ihr letzter besonders starker Angriff wurde durch unser Feuer gebrochen. Ebenso bleiben wir im Walde von Killy nach mehreren zurückgeworfenen Gegenangriffen Herren der gestern eroberten Stellungen. Wir machten auf diesem Frontteil zahlreiche Gefangene. Unter den gestern im Gebiet des Darinannsweilerkopfes gemachten Gefangenen befinden sich Mannschaften der Garde, welche von den Deutschen infolge ihrer Schlappheit vom 26. März in dieses Gebiet gebracht worden waren.

Geschützbeute.

Berlin, 8. April. (W. Z. V.) Nach Feststellungen im Anfang März belief sich die Gesamtzahl der bis dahin im Osten und Westen erbeuteten Geschütze auf 5510. Im einzelnen haben dazu beigetragen: Belgien etwa 300 Geschütze (Feld- und schwere); Frankreich etwa 1300 Geschütze; Rußland etwa 850 Geschütze; England etwa 60 Geschütze. Mehrere Hundert dieser Geschütze sind im Verlauf des Krieges bei der Firma Krupp und auch in anderen Fabriken für unsere Zwecke gebrauchsfähig gemacht und haben uns schon mit der gleichfalls unseren Gegnern abgenommenen großen Menge Munition erfreuliche Dienste geleistet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Karpathenschlacht.

Wien, 8. April. (W. Z. V.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Mitte März trat die große, nun schon seit dem 25. Januar währende Karpathenschlacht durch das Ansetzen mächtiger russischer Massen zu einem Vorstoß über den Karpathenwald in eine neue Phase. Sowohl in der Duka-Depression als auch

im Raume zwischen Ujkoewo und Ujzoker Pass unternahmen die Russen unaufhörliche Angriffe, fortwährend die ungeheuerlichen Kampflustigkeiten durch hinten bereitgestellte Ersatzformationen ersetzend und in jüngster Zeit auch die vor Brzemyśl freigewordene Einschließungsarmee in das gewaltige Ringen verend. Den mit Nichtachtung des Menschenmaterials an der ganzen Front vorgetriebenen Angriffen waren naturgemäß Einzelerfolge beschieden, doch erzielte der nun schon in die vierte Woche währende grimmige Kampf keineswegs das Ergebnis, daß die Russen sich in den Besitz jener Stellungen hätten setzen können, aus denen sie unser Ende Januar begonnener Angriff trotz weitestgehender Gegenwehr, unablässiger Gegenstöße und der Ungunst eines abnorm strengen Winters vertrieben hatte. Vom Ujzoker Pass angefangen ist der ganze östliche Teil des Karpathenwaldes, obwohl die Russen auch hier, namentlich im Dportale, heftige Angriffe vortrieben, in unserem Besitz. Auch westlich des Ujzoker Passes bieten ihnen unsere Truppen auf den ersten diesseitigen Kämmen und Rücken Widerstand. Im Laborzatal und im Gebiete der Duka-Depression ist der erste März begonnene Versuch eines Durchbruchs unserer Front unter schweren russischen Verlusten gescheitert. Auch das neuerliche Ansetzen eines mächtigen Vorstoßes vermochte unsere Front nicht zu durchbrechen und erst in den jüngsten Tagen hat unser Gegenstoß östlich des Laborzatalles dem feindlichen Ansturm nicht nur Einhalt geboten, sondern den verbündeten Waffen einen bedeutungsvollen Erfolg gebracht, dessen Umfang sich in der großen Zahl von Gefangenen, erbeuteten Geschützen, Maschinengewehren und zahlreichem Kriegsgerät ausdrückt.

Der Seekrieg.

„Prinz Eitel Friedrich“ interniert.

Washington, 8. April. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Kommandant des Hilfskreuzers „Prinz Eitel Friedrich“ hat der Zollbehörde von Newport News mitgeteilt, er wünsche, daß das Schiff interniert werde. Er sei dazu genötigt, weil die Unterstützung, die sein Entkommen ermöglicht hätte, nicht eingetroffen sei. Der Hilfskreuzer soll in der Marinewerft von Norfolk interniert werden.

Der türkische Krieg.

Ausdehnung der Waffenschlicht in der Türkei.

Konstantinopel, 8. April. (W. Z. V.) Das „Amtsblatt“ veröffentlicht zwei provisorische Gesetze. Durch das erste wird das Kriegsministerium ermächtigt, nur auf eine Zeit, die es für notwendig erachtet würde, zur Verteidigung der Küsten und der Grenzen des Reiches und zur Aufrechterhaltung der lokalen Ordnung alle außerhalb des Rahmens des Militärdienstes waffenfähigen Männer, einschließlich der 19- und 20-jährigen, deren Einberufung bisher nicht für notwendig befunden wurde, unter die Fahnen zu rufen. Das zweite Gesetz verpflichtet angesichts des Kriegszustandes und unter der Voraussetzung, daß das Kriegsministerium es für notwendig erachtet, alle Flüchtlinge zum Kriegsdienste, und zwar sowohl jene, die bereits in die Türkei eingewandert sind, als auch diejenigen, die noch einwandern werden und bis jetzt von jedem Militärdienste ausgenommen waren. Solche Flüchtlinge können drei Monate nach ihrer Ankunft unter die Fahnen gerufen werden, jedoch nur für die Dauer der Mobilisierung.

Kämpfe am Euphrat.

Konstantinopel, 8. April. (W. Z. V.) Nach dem Bericht des Hauptquartiers hat sich gestern auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen nichts Neues ereignet. Nach aus sicherer Quelle eingetroffenen Privatmeldungen aus Bagdad eröffnete ein Notarboot des türkischen Wachdienstes am Euphrat von Sonjass aus in der Gegend von Korna aus einer Entfernung von drei Kilometern das Feuer gegen ein großes englisches mit schwerer Artillerie bestücktes Kanonenboot. Das Schiff erhielt 20 Treffer, die einen Brand im Maschinenraum verursachten und auch andere Teile beschädigten, so daß es sich nur mit Mühe und mit Hilfe anderer englischer Schiffe zurückziehen konnte. Man glaubt, daß auch die Besatzung große Verluste erlitten hat.

Der Krieg und die Kolonien.

Die Engländer in Kalkfontein und Kamas.

Kapsbad, 8. April. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die Unionstruppen sind, ohne Widerstand zu finden, von Warmbad längs der Eisenbahn vorgezogen und haben die Stationen Kalkfontein und Kamas, dreißig und sechzig Meilen nördlich von Warmbad, besetzt.

Indien.

Das imperialistische Problem der Gegenwart wird am besten an der Hand gewisser Beispiele beleuchtet. Indien ist der Zentralpunkt des englischen Imperiums, um den sich die auswärtige Politik Englands im großen ganzen dreht. Daher kommt eine Veröffentlichung des Reichsamtes des Innern über das Indische Reich gerade zur rechten Zeit. Es ist ein ausführlicher Bericht des Handelsfachverständigen bei dem deutschen kaiserlichen Generalkonsulat in Kalkutta vom Juni 1914, in dem die Wirtschaftslage Indiens vor dem Kriegsausbruch gut beleuchtet wird. Einige einschneidende allgemeine Bemerkungen, die über die geographischen und administrativen Verhältnisse gemacht werden, sind zum Verständnis des folgenden notwendig.

Was gewöhnlich unter Indien verstanden wird, ist kein Staat im europäischen Sinne dieses Wortes, vielmehr ein Komplex von Staaten, die föderalisch untereinander nur sehr lose und indirekt verbunden sind. Der englischen Verwaltung unterstehen direkt von der Gesamtfläche von 4,67 Millionen Quadratkilometern bloß 2,83 Millionen, und von der Gesamtbevölkerung von 315 Millionen Einwohnern 244,3 Millionen Einwohner. Das übrige indische Gebiet, das in rund 700 „Staaten“ zerfällt, steht unter nur geringer Oberaufsicht Englands. Indien stellt ferner eine außerordentlich große Mannigfaltigkeit der Bevölkerung in sprachlicher Hinsicht dar. Daß England mit verschwindend geringen Mitteln diesen Weltteil beherrschen kann, erklärt sich bekanntlich daraus, daß England in die inneren Angelegenheiten des Landes wenig eingreift und sich nur für die wirtschaftlichen Probleme interessiert.

Wirtschaftlich befindet sich Indien in Abhängigkeit vom England. Diese ist aber nicht auf der politischen Herrschaft begründet. Nur in einer Beziehung macht England Indien Vorschriften — es erlaubt ihm keine Schutzzölle. Indien befolgt wie England selbst die Freihandelspolitik. Sonst ist Indien in keiner Weise beschränkt.

Tatsächlich macht sich auch ein Erstarken des indischen Wirtschaftswesens bemerkbar. Man darf sogar sagen, daß Indien sich in wirtschaftlicher Beziehung immer mehr selbständig macht. Der Freihandel hat die wirtschaftliche Entwicklung Indiens nicht aufgehalten. . . . In manchen Zweigen, sagt der angeführte Bericht, hat die indische Industrie eine derartige Ausdehnung gefunden, daß ihre Erzeugnisse im Wettbewerbe mit den europäischen in einzelnen Fällen sich fähig zu machen beginnen. 1911 befanden sich in Indien 250 mechanische Baumwollfabriken, von denen 234 50 und mehr Arbeiter beschäftigten. Im ganzen waren damals in diesen Fabriken 791 940 Arbeiter tätig. Ende 1913 zählte man schon allein an Baumwollspinnereien und Webereien 772 Fabriken mit 94 136 Webstühlen und 6,59 Millionen Spindeln, die täglich etwa 250 000 Arbeiter beschäftigten. Das in diesen Betrieben angelegte Kapital wird auf 252 Millionen Mark geschätzt; ihre Erzeugung betrug 1913/14 682,7 Millionen Pfund Garne und 1,16 Milliarden Yards Gewebe.

Interessant ist, daß ihre Erzeugung stetig wächst, während die Einfuhr großer Schwankungen ausgesetzt ist und im allgemeinen kaum zunimmt. So war der Wert der Produktion der Baumwollwebereien 1908 4,4 Millionen Rupien, 1912 aber 5,88 Millionen, während sich die Einfuhr 1908 auf 31,17, 1909 auf 20,18, 1910 auf 20,3, 1911 auf 34,5 und 1912 auf 30,44 Millionen Rupien stellte. Auf diesem Gebiet ist die englische Konkurrenz besonders gefährlich. Dagegen kann sich der Bergbau fast ungestört entwickeln. 1905/06 wurden in Indien 8,4 Millionen Tons und 1913/14 schon 15,48 Millionen Tons Kohle gefördert. Nur der Eisenerzbergbau wird noch sehr wenig ausgebeutet; dagegen wird nach Manganez mit Eifer gesucht.

Daraus geht übrigens auch hervor, daß Indien für England nicht als Lieferant von Bergwerkserzeugnissen in Betracht kommt; wohl ist es aber ein Lieferant von Rohstoffen der Textilindustrie, vor allem Baumwolle und Jute. Immerhin geht nur ein kleiner Teil dieser Rohstoffe nach England. Einen viel bedeutenderen Anteil hat England an der indischen Getreideausfuhr. Seit der gesamten Weizenexport geht nach England. Die Ursachen dieser letzteren Erscheinung werden sofort klar, wenn wir uns erinnern, daß England der einzige große freie Markt ist, wohin das Weltgetreide hineinströmt. Dagegen führt Deutschland aus Indien in steigendem Maße Rohstoffe ein.

Die Ausfuhr Indiens nach England ist in den Jahren 1910/11 bis 1912/13 von 34,12 auf 40,43 Millionen Pfund gestiegen. Davon entfielen auf Weizen: 1910 7,4 und 1912 10,9 Millionen Pfund, auf Reis 1,98 und 2,87 Millionen Pfund. Fast die Hälfte der Ausfuhrsteigerung entfällt also auf diese beiden Produkte. Die Ausfuhr nach Deutschland hat sich in dieser Zeit von 13,14 auf 16,88 Millionen oder um 3,44 Millionen erhöht. Folglich bezieht Deutschland seine Rohstoffe aus Indien ebenso gut wie England. . . .

Eine viel bedeutendere Rolle spielt Indien als Absatzmarkt. Es ist zweifellos die beste und ausdehnungsfähigste Markt Englands. Die Einfuhr aus England nach Indien ist in den Jahren 1910/11 bis 1912/13 von 52,7 auf 67,6 Millionen Pfund, aus Deutschland bloß von 5,59 auf 6,87 Millionen gestiegen. Während an der Ausfuhr England bloß mit einem Viertel (Deutschland mit einem Zehntel) beteiligt ist, ist es an der Einfuhr mit 63 Proz. (Deutschland mit 6,4 Proz.) beteiligt. Wie erklärt sich diese Stellung Englands auf dem indischen Markte, trotzdem daß Indien England weder irgendwelche Handels- noch andere Begünstigungen einräumt?

Aus dem einfachen Umstande, daß nach Indien in der Hauptsache Textilwaren eingeführt werden, in deren Erzeugung England an der Spitze aller Länder steht. Von der Gesamtausfuhr aus England nach Indien in der Höhe von 57,6 Millionen Pfund im Jahre 1912 entfielen auf Baumwollwaren allein 33,1 Millionen Pfund (rund 57 Proz.). Dazu kommt noch der Vorteil der allgemeinen geschäftlichen Beziehungen, die durch die englische Bankorganisation geschaffen und durch den freien Absatz von Getreide nach England befördert werden. Trotzdem meint der Bericht des deutschen Generalkonsuls, daß die Aussichten für einen Wettbewerb auf den indischen Märkten für den deutschen Handel im allgemeinen als recht günstige bezeichnet werden können.

Selbst in Indien besitzt also England mehr kein Handelsmonopol. Und noch weniger kann, wie wir schon gesehen haben, davon die Rede sein, daß England die Naturkräfte Indiens für sich monopolisiert. Indien ist noch ein ackerbautreibendes Land. Aber gerade für solche Länder bedeutet die Leuerung der letzten Jahrzehnte eine wirtschaftliche Umwälzung von weitgehender Tragweite. Man kann dies schon an dem sehr rasch emporsteigenden Export sehen. Er ist von 1880/90 bis 1895/96 bis 1912/13 auf das 2½fache gestiegen. Infolgedessen wächst das Kapital des Landes an und wird die wirtschaftliche Tätigkeit angeregt. Die landwirtschaftliche Kultur hat sich gehoben; die Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen nimmt rasch zu. Dadurch werden viele Arbeitskräfte aus dem Lande nach den Städten verjagt. So entsteht nicht nur ein Absatzmarkt, sondern es bildet sich auch eine Arbeitsarmee, die die Grundlage der industriellen Entwicklung bildet. Und mit ihrem Fortschreiten wird das Land immer mehr wirtschaftlich selbständig; die politische Selbstverwaltung wird dann auf sich nicht lange warten lassen. Der jetzige Krieg, mit dem zweifellos eine neue Epoche in der indischen Geschichte beginnen muß, wird diese schon vor einem Jahrzehnt eingeseht Entwicklung nur fördern. . . .

Die Tagung der englischen Unabhängigen Arbeiterpartei.

Der „Boss“ wird aus Amsterdam gemeldet: Auf der Jahresversammlung der Unabhängigen Arbeiterpartei zu Norwich erklärte ein Redner, daß Belgien dem deutschen Einfall keinen Widerstand hätte entgegenzusetzen sollen. Nibery aus Willesden sagte, Deutschland würde nur zu gern eine Gelegenheit zum Waffenstillstand und zur Einleitung von Friedensverhandlungen ergreifen und sicher bereit sein, Belgien zu räumen. Ein anderer Redner verlangte Demokratisierung der auswärtigen Politik, allgemeine Herabsetzung der Rüstungen durch internationale Verträge und Verstaatlichung der Fabriken für Kriegsausrüstungen; die auswärtige Politik Englands soll in Zukunft auf die Vereinigung aller Völker und auf Errichtung eines nationalen Rates gerichtet sein, dessen Entscheidungen öffentlich gefällt werden sollten. Besonders lebhaft wurde die Erörterung über die Rekrutierungsfrage. Auf das schärfste wurden die Arbeitervertreter verurteilt, die sich an der Begünstigung der Rekrutierung beteiligt haben. Keir Hardie erhob Beschwerde gegen die Verurteilung von 53 Mitgliedern der russischen Seemannsvereinigung und von fünf sozialistischen Dumamitgliedern. Er ersuchte die britische Regierung, einen Druck auf die russische Regierung zur Frei-

lassung der Verurteilten auszuüben. Er sagte: „Eine der größten Gefahren, in die wir durch den Krieg geraten sind, ist, daß wir mit einer Nation ein Bündnis schließen, deren Geschichte in Vergangenheit und Gegenwart jeder Zivilisation und jedem Fortschritt zur Schande gereicht.“

Amsterdam, 8. April. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Norwicher Jahreskongress der Unabhängigen Arbeiterpartei (N. L. P.) Englands war eine Folge der Norwicher Jungliberalen vorausgegangen, die die Konferenz durch Sozialabteilung verhindern wollten. Sie konnten aber nur die Abhaltung der für Sonnabend geplanten öffentlichen Versammlung hintertreiben, die aber dann durch eine Zusammenkunft der Delegierten mit der Lokalaktion ersetzt wurde.

Seit Hardie erklärte, die Arbeiterpartei müsse ihre Prinzipien aufrechterhalten und dafür international streiten.

Am Sonntagmorgen sprach Macdonald auf einer Versammlung der demokratischen Kontrollunion. Er führte aus, daß der Krieg den Militarismus nicht töten könne, sondern ihn noch festigt. Die Bekämpfung des deutschen Militarismus könne nur vom deutschen Volk erfolgen.

Am Nachmittag begann die Konferenz. Die Verhandlungen fanden in einem von der Methodistengemeinde überlassenen Schulsaal statt. Es waren über 200 Delegierte anwesend. Der Methodistprediger Storr begrüßte die Versammlung und sagte, daß seine Gemeinde das Gebäude überließ, weil diese Konferenz der Stadt zur Ehre gereiche. Die den Erfolg der Redefreiheit bedrohenden Umtriebe der Jungliberalen seien eine Schande gewesen.

Amens des 10 000 Mitglieder zählenden lokalen Gewerverbandes begrüßte der Verbandsvorsitzende Smith die Konferenz. Der Vorsitzende der Konferenz, Jowett, verteidigte die Partei gegen die Entstellungen ihrer Kriegstaktik. Er sagte: Wir erfüllen unsere Pflicht, als wir die Tatsachen des Kriegsausbruches, über die die Öffentlichkeit nicht offiziell unterrichtet wurde, feststellten.

England wurde heimlich in den Konflikt getrieben. Wenn Gresham sagt, Deutschland habe für Oesterreich herausfordernd mit dem Säbel gefesselt, so tat Lord George vor vier Jahren für Frankreich dasselbe und führte uns dem Kriege aus. Wir verteidigen den deutschen Militarismus so wenig wie jeden anderen, aber wir verteidigen das deutsche Volk und danken jenen deutschen Sozialisten, welche zur Internationale stehen, so dem Genossen Liebknecht, dem „Vorwärts“ und den ihm gleichgesinnten Parteiblättern.

Der Krieg ist sicherlich eine große Nationalgefahr, aber die Partei kann ihn darum nicht rechtfertigen, nachdem sie jahrelang seine Ursachen, wie die Geheimdiplomatie, das Gleichgewichtsspiel und die Rüstungskosten, bekämpfte. Sie kann nur die Arbeiter an der Front und in der Werkstatt schützen, aber kann nicht an der Werberarbeit zum Kriegsdienst teilnehmen unter dem Vorwand, es gelte den Kampf gegen den deutschen Militarismus. Weder Deutschland noch England wird von dem anderen Lande auf den Weg des Friedens gezwungen werden können.

Bei der Besprechung der Londoner Konferenz beanstandete der Delegierte von Hampstead den Passus über den „Kampf bis ans Ende“. Wir wollen den Frieden, und zwar sobald wie möglich. MacDonald erwiderte, daß diese Resolution ein Kompromiß war. Es war unheimlich, über eine Aktion zur Beendigung des Krieges zu beschließen. Das Ende des Krieges ist von der Erstarkung der demokratischen Kräfte der kämpfenden Länder zu erwarten. Die Resolution hätte keine nationalitistische Bedeutung.

Die Konferenz hieß am Montag die Parteitaktik gegenüber der Refuzierungsfrage mit 243 gegen 9 Stimmen gut und forderte, daß die Regierung unverzüglich die Friedensbedingungen besonnt gebe.

„L'Humanité“ gegen Eroberungen.

Paris, 8. April. (W. L. B.) Der „Temps“ schrieb kürzlich, daß Frankreich sich bei dem Friedensschlusse der wirklichen Mittel politischer und wirtschaftlicher Art verschern müsse, um Deutschland künftig in die Unmöglichkeit zu versetzen, einen neuen Krieg über die Menschheit heraufzubeschwören. „Humanité“ befürchtete, daß diese Andeutungen den Wunsch ausdrücken, aus dem Befreiungskriege, den Frankreich Jahre, einen Eroberungskrieg zu machen, und forderte den „Temps“ auf, zu erklären, was mit den Andeutungen gemeint sei. Der „Temps“ erwidert nun in gewöhnlicher Weise, er wundert sich, wie die „Humanité“ den Willen zu einer berechtigten Vergeltung, den Willen, das europäische Gleichgewicht auf der Grundlage der Achtung der Freiheit aller Völker zu sichern, mit Eroberungslust verwechseln könne. Ganz Frankreich sei heute in allen Parteien darin einig, daß Frankreich Sicherheit gegen jede Wiederholung der Eroberungspolitik seitens Deutschlands nehmen müsse. Höchste Pflicht sei es, Frankreich durch alle Mittel gegen jede Ueberaschung zu sichern. Man müsse hoffen, daß in dem Augenblicke, wo Charakter und Wert dieser Sicherheiten erörtert werden müßten, auch die Führer der Sozialisten das Ziel, das jedermann gesteckt sei, nicht aus den Augen verlieren werden, nämlich, daß Frankreich geachtet und der Friede fruchtbar sein müsse.

Die rumänischen Sozialisten gegen Take Jonescu.

Kain, 8. April. (W. L. B.) Die „Königliche Zeitung“ schreibt unter der Ueberschrift: Die „Taktiken“ in Rumänien. Eine bemerkenswerte Abrechnung mit Take Jonescu und seiner Gefolgschaft findet in der bulgarischen sozialdemokratischen Zeitung „Lupta“ vom 1. April statt. Das Blatt stellt fest, daß die Taktiken zuerst in ihrer Presse die heftigsten Angriffe gegen Marghiloman und Carp richteten. Sie beschuldigen den Führer der Konservativen unzähliger Handlungen, die ihn als deutschen Agenten erscheinen lassen sollen. An der Spitze dieses erbitterten Feldzuges stehe der Staatsanwältiger des Kaisers, der „Abverul“. Als wahren Grund dieser Erbitterung bezeichnet das sozialdemokratische Blatt innerpolitische Angelegenheiten, nicht Fragen der auswärtigen Politik. Jonescu schwebte das Ziel vor, der unbestrittene Führer der Konservativen zu werden. Die Führerschaft Marghilomans befestigte sich aber mehr und mehr dadurch, daß er und Carp beim König sehr gut angesehen seien, der mit ihnen oft die auswärtige Lage bespreche. Das bedeute für Jonescu die Gefahr, daß er und seine nicht bestehende Partei nicht ans Staatsruder gelangen. Um das egoistische Ziel seiner Tätigkeit zu verdecken, hänge er ihr den Mantel der auswärtigen Politik und des nationalen Ideals um. Das Blatt schlägt diese Aufdeckung der wahren Triebfedern Jonescus mit der Bemerkung, daß sie Gel hervorgerufen und daß sie an die alten Vojarenintrigen aus den Fürstentümern erinnern, als die Parteien der Vojaren sich bildeten und sich gegenseitig bekämpften, dem Schein nach für die Interessen des Landes, in Wirklichkeit zu ihrem eigenen Nutzen.

Weitere Enthüllungen von Venizelos.

Athen, 7. April. (W. L. B.) Trotz des Entrüstungsturmes, den die Veröffentlichung des ersten Teiles seines Memorandums in ganz Griechenland erregt hat, fährt Venizelos in seinen Enthüllungen fort. Der ehemalige Ministerpräsident erklärt über die Gründe, die zu seinem Sturze führten, in seiner Parteipresse etwa folgendes: Am 11. Januar erklärte mir der hiesige englische Geschäftsträger im Namen Sir Edward Grech, daß, falls Griechenland Serbien zu Hilfe kommen würde, die Mächte des Dreiverbandes bereitwillig territoriale Konzessionen in Kleinasien machen würden. Der englische Geschäftsträger fügte hinzu, daß, wenn nicht eine Verständigung auf dieser Basis herbeigeführt werde, ich mich umgehend an die Regierungen der verbündeten Mächte mit Vorschlägen wenden sollte, die zweifelsohne günstig angenommen werden würden. Weiterhin verlangte der englische Geschäftsträger von mir, meine Bedenken gegen serbische Gebietsabtretungen an Bulgarien fallen zu lassen, da durch die Vergrößerung Griechenlands in Kleinasien das Gleichgewicht auf dem Balkan wieder hergestellt sein würde. Ich sagte meine Aufschauungen der Lage, die mich zum Entschlusse drachten, Griechenland an der Seite des Dreiverbandes am Kampfe teilnehmen zu wollen, in einer Denkschrift zusammen, die ich dem Könige unterbreitete.

Venizelos gibt dann die Denkschrift, die er dem König Konstantin seinerzeit einhandte, wortwörtlich wieder. Es wird hier u. a. gesagt: Wir werden jetzt aufgefordert, am Kriege teilzunehmen, wofür wir Kompensationen erhalten können, die Griechenland groß und mächtig machen werden. Um diese Kompensationen zu erhalten, müssen wir die Gefahren eines Kampfes auf uns nehmen, die jedoch für uns auch bestehen, wenn wir nicht direkt in den Krieg eintreten. Wenn wir gesittet, daß Serbien von seinen Feinden vernichtet wird, so haben wir durchaus nicht die Gewißheit, daß die Oesterreicher nicht bis Saloniki herunter kommen. Wir müssen uns der Mithilfe Bulgariens und Rumaniens versichern. Das Bulgarien anbelangt, so müssen wir zunächst in die Konzessionen einwilligen, die Serbien an Sofia zu machen bereit ist; genügt das nicht, so müssen wir, so schmerzhaft dies auch sein würde, uns zur Abtretung von Kowalla verstehen. Im weiteren erwägt dann der Ministerpräsident den Fall, daß Bulgarien trotz alledem nicht zum Kriege zu bewegen sei. In diesem Falle müsse unter allen Umständen Griechenland der Unterstützung Rumaniens sicher sein. Zum Schlusse seines Memorandums weist Venizelos auf die Gefahr hin, die dem Griechentum in der Türkei durch den Sieg Deutschlands entstehen würde (!), und besteht unter allen Umständen auf einem sofortigen Eingreifen Griechenlands auf Seiten des Dreiverbandes. Er gestattete die griechische Kriegserklärung an die Türkei zu einer Kabinettsfrage, ein Umstand, der in Anbetracht des völligen anderen Standpunktes König Konstantins zum Sturze des Ministeriums Venizelos führte.

Bulgarien entwarfnet die Komitatschis.

Sofia, 8. April. (W. L. B.) Die „Agence Bulgare“ teilt mit: Auf einen Antrag der Regierung hin wurden die an der bulgarischen Grenze erschienenen kuffarischen entwarfnet und in das Innere des Landes gebracht. Diese sogleich am ersten Tage ergriffene Maßnahme beweist besser als alles andere die tadellose Korrektheit der bulgarischen Regierung in der Angelegenheit des Aufstehs von Balandovo.

Kassationsklage der verurteilten Dumaabgeordneten.

Die Verteidiger der zu lebenslänglicher Verbannung verurteilten fünf sozialdemokratischen Dumaabgeordneten haben in ihrem Namen wie auch in dem der Mitangeklagten eine Kassationsklage im Senate eingereicht. Schon die Anklageschrift hatte die Anklage auf „Landesverrat“ fallen lassen müssen, worauf die Angeklagten wegen „Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Gemeinschaft“ verurteilt wurden. Jetzt bestreitet die Kassationsklage auch die Zulässigkeit dieser Anklage, indem sie nachweist, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Dumafraktion, nachdem diese als gesetzliche Organisation anerkannt war, wegen der Veranstaltung einer geschlossenen Versammlung, nicht wegen „Versuches des Umsturzes der bestehenden Staatsordnung“ zur Verantwortung gezogen werden durften.

Die Lebensmittelfrage in Russisch-Polen.

Wien, 8. August. (W. L. B.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: In der Erkenntnis der Tatsache, daß die wichtigste und dringlichste Angelegenheit für die Bevölkerung des Okkupationsgebietes in Russisch-Polen gegenwärtig die Lebensmittelfrage bildet, an deren raschen Lösung alle Organe der k. u. k. Militärverwaltung energisch mit arbeiten müssen, hat das Etappen- Oberkommando an alle Kreiskommandos und an deren vorgeordneten Armee-Etappen-Kommandos eine Reihe von Vorschriften erlassen, die eine ausreichende Verpflegung der besetzten Gebiete Russisch-Polens sicherstellen sollen. Diese Anordnungen betreffen unter anderen die vorläufige Sistierung des Abhubs von Lebensmitteln in das Hinterland, die Sperrung der wichtigsten Lebensmittelvorräte innerhalb der Kreise, die Aufnahme aller Lebensmittel-Vorräte in den Kreisen und daraufhin den Ausgleich innerhalb der Kreise zwischen den Gemeinden. Die Vorratsaufnahme muß rasch und zuverlässig unter Vermittlung von langwierigen und bürokratischen Maßnahmen erfolgen. In jedem Kreise ist der Bedarf bis zum 15. August unter Zugrundelegung einer Tagesquote von zweihundert Gramm Getreide oder 1000 Gramm Kartoffeln oder sonstiger Surrogate pro Kopf schnellstens festzustellen, wobei Saatgut nicht einzurechnen ist. Aus den Zusammenstellungen muß der Ueberschuß bezw. der Abgang an Lebensmitteln in jedem Kreise zu ersehen sein. Der Verbrauch an Lebensmitteln ist durch strenge Bestimmungen zu regeln und der notwendige Ausgleich zweckentsprechend zu versorgen. Abgenommene Vorräte müssen dem Eigentümer nach einem amtlichen Schätzungspreise bar bezahlt werden, wobei eine Verreicherung von Zwischenpersonen mit allen Mitteln zu verhindern ist. Die Anlegung von Lebensmittelmagazinen und die Bildung von Verpflegungskommissionen aus Vertrauensmännern wird empfohlen. Die wertvollste Abgabe von Lebensmitteln an wirklich arme und bedürftige Leute wird angeordnet. Speisehäuser, Suppenanstalten und sonstige Naturalverpflegungsstationen sind zu errichten und zu fördern. Alle Bekanntmachungen betreffend die Verpflegungssaktion müssen in gemeinverständlich Weise in polnischer Sprache und unter Hervorhebung des Grundzweckes erfolgen, daß die österreichisch-ungarische Militärverwaltung ihre vornehmste Pflicht darin erblickt, die Armen und Schwachen zu schützen und der Not des Volkes nach besten Kräften abzuhelfen.

Die amerikanische Note an Frankreich.

Paris, 8. April. (W. L. B.) Meldung der Agence Havas. Der Volschaffer der Vereinigten Staaten wurde von seiner Regierung beauftragt, dem französischen Minister

des Aeußeren bezüglich des französischen Erlasses vom 13. März über den Handel mit Deutschland den Standpunkt des Kabinetts in Washington zu übermitteln. Dieser Standpunkt wurde bereits in der vom amerikanischen Volschaffer in London dem englischen Kabinett auf den englischen Erlass vom 15. März überreichten Antwortnote auseinandergesetzt. In dem sich der amerikanische Volschaffer seiner Mission bei der französischen Regierung entledigte, erklärte er dem Minister Delcassé, daß, wie auch der amerikanische Volschaffer in London auf Weisung seiner Regierung Sir Edward Grech mitgeteilt habe, die überreichte Erklärung den Standpunkt der Regierung in Washington in freundschaftlichem Sinne und mit der klaren Offenheit darlege, welche immer die Beziehungen beider Regierungen in der Vergangenheit gekennzeichnet habe und welcher in hohem Maße Frieden und Freundschaft zwischen beiden Nationen seit über einem Jahrhundert zu verankern seien.

Chinesisch-japanische Entspannung?

Peking, 8. April. (W. L. B.) Ein hoher Beamter der chinesischen Regierung machte dem Vertreter des neuterischen Bureaus über die chinesisch-japanischen Verhandlungen folgende Mitteilungen: Die chinesischen amtlichen Kreise sahen mit Genugtuung, daß Graf Duma in seiner Unterredung mit dem Vertreter Reuters am 2. April die Offenheit, mit der China mit Japan verhandelt, würdigte, und waren erfreut über die Auslegung, die Duma einigen japanischen Forderungen zu geben für nötig erachtete. Alles dieses beweist, daß Japan sich Chinas Aufrichtigkeit und Freundschaft bewußt ist. China legte bisher einige japanische Forderungen nach der üblichen Bedeutung der Worte aus, in die sie gekleidet waren. Nachdem ihnen Duma die Bedeutung gegeben hat, die aus dem Texte nicht hervorging, fühlt sich die chinesische Regierung erleichtert und vertraut darauf, daß die Erklärung des japanischen Ministerpräsidenten nicht verfehlen wird, Früchte zu tragen.

Kriegsbekanntmachungen.

Richtige Adressierung der Feldpostsendungen!

Berlin, 7. April. (W. L. B.) Die Zahl der mangelhaft adressierten und der unzulänglich verpackten Feldpostbriefe ist trotz aller Bemühungen der Postverwaltung, das Publikum von der Wichtigkeit einer richtigen Adressierung und sachgemäßen Verpackung der Feldpostsendungen zu überzeugen, noch immer sehr groß. Bei den heimischen Postsammlstellen gehen täglich über 150 000 mangelhaft adressierte sowie 9000 ungenügend verpackte Feldpostbriefe und Päckchen ein. Die schlecht verpackten Sendungen werden ausnahmslos an die Absender sogleich zurückgeschickt, weil der Verpackungsstoff, auch wenn man ihn in der Feldpostsammlstelle nicht, während der Beförderung ins Feld doch wieder entzwei geht und der Inhalt dann beschädigt wird oder herausfällt. Bei den mangelhaft adressierten Feldpostbriefen sind die Postsammlstellen zwar nach Möglichkeit bemüht, die Fehler zu ermitteln und auszumergen. Gleichwohl bleiben täglich bei den Postsammlstellen gegen 30 000 Sendungen übrig, bei denen alle aufgewandte Zeit und Mühe umsonst ist und die dann an den Aufgabesort zurückgeschickt werden müssen. Das Publikum wird deshalb erneut und dringend erlucht, der Adressierung und Verpackung der Feldpostbriefe die größte Sorgfalt zuzuwenden. Auch ist es unbedingt erforderlich, daß auf den Feldpostbriefen der Absender angegeben wird. Tausende von Feldpostsendungen kommen täglich auf, bei denen auch dieser Forderung nicht genügt ist.

Ein deutsches Verordnungsblatt für Russisch-Polen.

Das wöchentlich erscheinende und bei den Postanstalten zum Preise von 1,50 M. für das Vierteljahr abonniert werden kann, gibt die dem Hindenburgischen Oberkommando unterstellte Zivilverwaltung für Russisch-Polen heraus. Alle Verordnungen werden in deutscher und polnischer Sprache veröffentlicht. Sie treten mit Ablauf des dritten Tages nach Ausgabe des Blattes in Kraft. Die erste Nummer des Blattes enthält außer Verordnungen über den Straf- und Zivilprozeß, über die freiwillige Gerichtsbarkeit, das Zivilrecht, über Kontrahatsachen, Hypotheken- und Grundbuchangelegenheiten usw. auch Bestimmungen über den Grenzverkehr von Menschen und Waren, durch die alle bisherigen Bestimmungen aufgehoben werden; ferner über die Einführung des gregorianischen Kalenders und der Mittel-europäischen Zeit sowie über die Aufhebung der sogenannten Galatage, über die Aufhebung des von der russischen Regierung erlassenen Zahlungsverbots, über das Verbot von Zahlungen nach feindlichen Staaten, ferner über die Aufhebung des Moratoriums und über die Verlängerung des Wechsel- und Scheckrechts.

Letzte Nachrichten.

Rußland und die Dardanellenfrage.

Petersburg, 8. April. (W. L. B.) „Nietich“ beschäftigt sich im Anschluß an einen Artikel der „Ruskija Wjedomosti“ mit der Dardanellenfrage und führt aus, daß, wenn Rußland seine Neutralität mit der Neutralisation der Dardanellen einverstanden erklären, wie die englisch-französische Presse vorgeschlagen habe. Weder die Schließung der Befestigungen noch der Besitz des Bosporus entspreche den russischen Interessen. Notwendig für Rußland sei die vollständige unbeschränkte Besitzergreifung Konstantinopels. Einer anderen Macht, wie etwa Griechenland oder Bulgarien, Konstantinopel zu überlassen, sei ganz undenkbar. Der Besitz Konstantinopels wird Rußland einen breiten Weg zur Weltmachtstellung verschaffen. Rußland könne Konstantinopel als Freihafen erklären und sonstige Erleichterungen des Handels zulassen, die vornehmlich Rumänien angehen würden. Im übrigen aber könne Rußland unter keinen Umständen auf den ausschließlichen Besitz Konstantinopels verzichten.

Venizelos Politik gescheitert.

Athen, 8. April. (W. L. B.) König Konstantin hat dem Ministerpräsidenten und der Regierung den Brief übergeben, den Venizelos ihm geschrieben hatte und in welchem der ehemalige Ministerpräsident den König um ein Dementi der Regierungserklärung ersucht hatte, laut welcher der König Venizelos Absicht, Kowalla abzutreten, nicht geteilt hätte. Nachdem darauf ein Ministerabgehaltener und Ministerpräsident Gumnaris vom Könige empfangen worden war, ist die Antwort des Ministeriums gestern nachmittags Venizelos übermittelt worden; es verlautet, daß die Regierung darin ihre frühere Erklärung aufrechterhalte. Venizelos hat daraufhin heute mit seinen Parteifreunden beraten; man nimmt an, daß er sich von der Politik zurückziehen wird.

Der chinesisch-japanische Konflikt.

Tokio, 8. April. (W. L. B.) Offizielle Mütter dementieren entschieden, daß die amerikanische Regierung gegen die japanischen Forderungen in der Wandschurerei protestiert habe. Ein japanisches Geschwader wurde nach Schanghai geschickt, um die dortigen Japaner gegen Erzeffe und Pogrome des chinesischen Pöbels zu schützen. Der japanische Gesandte in Peking verlangt von der chinesischen Regierung energische Maßnahmen gegen die Wandschurerei japanischer Waren, die besonders nachdrücklich in Peking, Schantung, der Wandschurerei und im Panaleesgebiet durchgeführt worden ist.



Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Auf dem Schlachtfeld fiel unser braver Genosse, der Tischler

Ewald Zaretsky

(Bezirk 9)

im Alter von 32 Jahren.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Mariendorf. 194/3

Am 22. März fiel unser Genosse

Paul Gurth

Dandjersstraße 10.

Sozialdemokratischer Wahlverein Adlershof.

194/2

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands

Filiale Berlin.

Nachruf.

Unsere Mitglieder hiermit zur Nachricht, daß der Herr
Konfektions-Schneider, Kollege

Gustav Mallonek

am 3. April im 40. Lebensjahre
verstorben ist.

Ehre seinem Andenten!

162/2 Die Ortsverwaltung.

Verband der Lithographen, Steindrucker u. verwandten Berufe

(Deutscher Sonnfelder-Bund).

Am Mittwoch, den 7. d. Mts.,
verstarb nach langem, schmerz-
reichen Leiden unser Mitglied, der Stein-
drucker

Ernst Sievert

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Kapelle
des Philippus-Nippel-Kirchhofs,
Röllkestr. 44/45, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Verwaltung der Filiale I.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß am 5. April, der Bauer

Karl Radloff

wohnhaft in Franz.-Buchholz,
verstorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Einäscherung findet heute
Freitag, den 9. April, nach-
mittags 2 Uhr, im Krematorium
Gerickestraße statt.

Um rege Beteiligung ersucht

140/5 Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Autoführer

Joachim Kreuzfeld

am 7. d. Mts. im Alter von
48 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Kaiserhofs-Kirch-
hofes in Weihenau aus statt.

62/13 Die Bezirksverwaltung.

Berta Weder.

Um dieses Bekleid bitten die
trauernden Hinterbliebenen

Karl Weder

nebst Sohn und Schwiegertochter.

Die Beerdigung findet Son-
ntag, den 10. März, nachmittags
2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle
des Kaiserhofs-Kirchhofes in
der Prinzenallee aus statt.

62/4

Berta Felisch

geb. Falkenberg

nach langem Leiden am Dienstag,
den 6. April, abends 9 Uhr, ver-
storben ist.

Dies zeigt tiefbetruert an

Hermann Felisch nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. April, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Wilmersdorfer Fried-
hofes, Beckler Straße, aus statt.

68/4

Dankagung.

Für die zahlreichen Beweise herz-
licher Teilnahme und Kranzsenden
bei der Beerdigung meines lieben
Rammes, Bruders, Schwagers und
Onkels sagen wir hiermit allen
Freunden und Bekannten, sowie
der Firma Mäkel u. Co., den Kollegen
und Kolleginnen der Firma Mäkel
u. Co., dem Verband, dem Wahl-
verein und den Sängern unseren
herzlichsten Dank.

68/4

Elsa Schumann

nebst Verwandten.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzsenden bei
der Beerdigung meines lieben
Rammes, unseres guten Vaters

Anton Zikes

sagen wir allen Verwandten und
Bekanntem, insbesondere Herrn
Kelle für seine tröstlichen Worte,
dem Wahlverein, dem Holzarbeiter-
verband und den Kollegen und
Kolleginnen der Berliner Möbel-
Industrie unseren herzlichsten
Dank.

70/4

Neukölln.

Heute und Sonntag gelangt
Anschiedstr. 44 ein Wagon hochfeine
Verchauer Speisefohlbräun
mandel- und schokolade sehr billig
zum Verkauf. Beste Gelegenheit für
Private und Händler.

29/13

Wasche mit

**Henkel's
Bleich-Soda.**

Für die zahlreiche Beweise der
Herzlichkeit bei der Beerdigung meines
lieben Rammes sagen wir unseren
herzlichsten Dank.

14995
Witwe Selma Gruber
nebst Tochter.

Frühkartoffeln

Kaiserkrone, Rosen, Juli etc.,
anerkannte Sorten zur Saat.
Neukölln, Bergstr. 29.

J. Baer

Badstr. 26 Ecke
Prinz-Allee
Herren- und Knaben-
Moden, Berufskleidung,
Elegante Paletots,
Eleg. Einsegnungs-
Anzüge in jed. Preislag.
Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung.

Billigste, feste Preise.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Tel.-Amt Moritzplatz 10623, 3578. Bureau: Rungestrasse 30.

Heute Freitag, den 9. April, abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer-Bezirksitzungen
finden Sonntag, den 11. April, vormittags 10 Uhr, in
den bekannten Lokalen statt.

Die Zahlstelle 37 wird von der Brüngen-Allee 59 nach der
Capri-Allee 12 bei Hermann verlegt. — Dort wird
auch vom 10. April ab für die freie Hilfskasse der Tischler
Sitzung.
Die Ortsverwaltung.

Commerz- und Disconto-Bank.

Bilanz per 31. Dezember 1914.

Aktiva.		M.	Pl.	M.	Pl.
Kasse, fremde Goldsorten und Zinnscheine				8 894 195 87	
Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken				13 587 909 29	
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen				57 023 659 93	
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen				31 640 297 02	
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere				66 104 727 34	
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen				14 853 228 95	
davon am Bilanztag gedeckt:					
a) durch Waren-, Fracht- oder Lagerscheine	M. 12 412 892,09				
b) durch andere Sicherheiten	1 352 753,65				
Eigene Wertpapiere:					
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten		9 980 887 65			
b) Sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere		1 344 064 63			
c) Sonstige börsengängige Wertpapiere		18 099 335 45			
d) Sonstige Wertpapiere		947 662 90		34 471 950 63	
Konsortialbeteiligungen				22 479 454 74	
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen				12 332 040 —	
Debitoren in laufender Rechnung:					
a) gedeckte		163 910 230 03			
b) ungedeckte		59 440 944 77		214 360 164 80	
Außerdem Aval- und Bürgschaftsdebitoren	M. 31 000 296,36				
Bankgebäude und Inventar in Hamburg, Berlin, Kiel, Hannover, Altona, Leipzig und Altenburg				7 570 000 —	
Sonstige Immobilien abzüglich Hypotheken		3 562 242 24		1 890 542 24	
		1 671 700 —		485 148 170 81	

Passiva.		M.	Pl.	M.	Pl.
Aktienkapital				85 600 000 —	
Reservefonds I.				8 500 000 —	
Reservefonds II.				6 000 000 —	
Talonsteuer-Rückstellung				451 490 —	
Wahlbeitrag-Rückstellung				141 142 —	
Beamten-Pensions- und Unterstützungs-Fonds				1 456 349 16	
Kreditoren:					
a) Nostroverpflichtungen		3 705 541 97			
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite		2 804 118 24			
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen		22 853 255 26			
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung					
1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 80 095 618,14				
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	40 879 141,75				
3. nach 3 Monaten fällig	10 916 775,74			131 891 530 63	
e) sonstige Kreditoren					
1. innerhalb 7 Tagen fällig	M. 101 833 579,57				
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	32 087 799,91				
3. nach 3 Monaten fällig	4 426 036,45			138 347 376 90	
Akzepte und Schecks:					
a) Akzepte		76 200 567 56			
b) noch nicht eingelöste Schecks		1 635 084 20		77 835 651 76	
Außerdem Aval- u. Bürgschaftsverpflichtungen	M. 31 000 296,36				
Dividenden-Rückstände				15 414 —	
Reingewinn				6 646 300 16	
				485 148 170 81	

Gewinn- und Verlust-Rechnung für das Geschäftsjahr 1914.

Ausgabe.	M.	Pl.	Einnahme.	M.	Pl.
Unkosten	6 497 573 50		Gewinnvortrag von 1913	941 373 14	
Steuern	581 678 97		Zinsen	7 690 888 79	
Verlust auf Wertpapiere und Konsortialbeteiligungen	484 349 93		Provision	4 924 439 36	
Abschreibung auf Bankgebäude und Inventar	196 193 51		Kursgewinn auf Wechsel	682 857 39	
Reingewinn	6 646 300 16		Kursgewinn auf Sorten und Zinnscheine	157 537 39	
	14 406 090 07			14 406 090 07	

Hamburg, den 8. April 1915. Der Vorstand. Korn. Harter.

Auch in !
der Zeit der !
Kriegsnot !

gewähre ich jedem beim Einkauf von

Möbeln

kuant Ratenzahlungen

gediegene Qualitäten speziell im besseren Mittelgenre. Bekannt als äusserst preiswert Besichtigung jederzeit gestattet.

Otto Piehl
Berlin N.
Brunnenstr. 120

Mechaniker-Kittel • Schlosser-Anzüge

kaufen Sie am besten und billigsten in dem größten Spezialgeschäft von

Kohnen & Jöring, Arbeits- und Berufs-Kleidung

Alexanderstraße 12. Rosenthaler Straße 53. Landsberger Allee 148. Neukölln, Bergstr. 66.

Sozialdemokratischer Wahlverein 1. d. 4. Berliner Reichstagswahlkr.

Stralauer Viertel. Bezirk 306.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Bauer

Paul Wehlan

Räncheberger Str. 34
gestorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.

Landsberger Viertel. Bezirk 388 I.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Bauwirt

Richard Frisch

Wilmersdorfer Str. 29
gestorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. April, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.

Köpenicker Viertel. Bezirk 191 II.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Tischler

Otto Sägebrect

Soraner Str. 6
gestorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

211/8 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Bergarbeiter

Oskar Schau

Neukölln, Siegfriedstr. 30
im Alter von 30 Jahren am
1. April gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Tischler

Wilh. Brockmann

Färstenbergstr. 5
im Alter von 58 Jahren am
3. April gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Tischler

Artur Neubauer

Schönhäuser Allee 71
im Alter von 40 Jahren am
28. März gestorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Tischler

Otto Sägebrect

Soraner Str. 6
im Alter von 42 Jahren ge-
storben ist.

Ehre ihrem Andenten!

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

81/8 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Tischler u. Berufsgenossen Deutschlands.

Filiale Groß-Berlin.

Den Kollegen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der Tischler

Eduard Krebs

(Bezirk Südost)

am 8. April im Alter von
57 Jahren an Herzschwäche ver-
storben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 9. April, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des nördlichen Zentral-Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

192/1 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Werkzeugmacher

Adolf Weiß

Dranienstr. 28,
am 4. April an Krebs ge-
storben ist.

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. April, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.

Den Kollegen ferner zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Formner

Emil Strauß

am 7. April an Kehlkopfkranken
gestorben ist.

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. April, nach-
mittags 5 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Elisabeth-Kirchhofes in
der Prinzenallee aus statt.

Ehre ihrem Andenten!

Rege Beteiligung erwartet

112/2 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Autoführer

Joachim Kreuzfeld

am 7. d. Mts. im Alter von
48 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenten!

Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 10. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Kaiserhofs-Kirch-
hofes in Weihenau aus statt.

62/13 Die Bezirksverwaltung.

Hermann Wecker

(Zsf.-Reg. 99. 5. Komp.)
im Alter von 32 Jahren.

Dies zeigt an die tieftrauernde
Witwe **Anna Wecker**
geb. Guckel
nebst Kindern.

Er ging von uns mit

Politische Uebersicht.

Die alte Tonart.

Die „Post“, die eifrig jede Gelegenheit sucht, um sich auch jetzt an der Sozialdemokratie zu reiben, findet willkommenen Anlaß dazu in einem Artikel, den Professor Schmoller über „Belastung und Sozialdemokratie“ veröffentlicht hat. Die „Post“ verargt es Schmoller zunächst, daß er in seinem Artikel von „Scharfmachern“ und „Hezern“ in der Industrie gesprochen hat. Aber den Hauptwiderspruch der „Post“ erregt das — angebliche — „unwissenschaftliche, weil unkritische und unhistorische Wohlwollen“ Schmollers für die Sozialdemokratie. Die „Post“ bemüht sich denn auch sofort zu dokumentieren, „daß sie alles andere als Wohlwollen“ für unsere Partei empfindet; sie schreibt:

„Daß es Hezer, und zwar wirkliche waschechte Hezer der allerersten Sorte unter den Sozialdemokraten gegeben hat und noch gibt, davon will offenbar der „Historiker“ und Rathgeber Sozialist Schmoller nichts wissen.“

Unter den ärgsten Hezern der ärgste und unverbesserlichste war August Bebel. Als solcher hat er sich auch vornehmlich im Kriegsjahre 1870—71 betätigt. Neben Liebknecht dem Vater. . .

Im übrigen wiederholt Schmoller seine Spezialansicht, daß aus der Sozialdemokratie heraus sich mit Notwendigkeit eine — Aristokratie entwickele. Scheidemann gilt allem Anschein nach Herrn Schmoller als der besonders berufene Führer für diese sozialdemokratische Aristokratie. Das Schmollersche Hauptrezept für die künftige Behandlung der Sozialdemokratie sieht so aus: „Man muß nur gegenseitig nicht Abschwören der bisherigen Ideale fordern, sondern mit praktischem Verstande sich auf das zunächst am leichtesten Erreichbare unter Vorbehalt der alten Ideale beschränken.“

Zu den „alten Idealen“ der Sozialdemokratie gehört u. a. die Republik, die Tobfeindschaft gegen das kapitalistische Unternehmertum und dessen grundsätzliche Beseitigung. Die alten Ideale bleiben, die nach Schmoller im Gottes Willen der Sozialdemokratie vorbehalten werden sollen, dafür liegen sich aus der unmittelbaren Gegenwart mancherlei anschauliche Beispiele vorführen, die fast so heftig und hochverräterisch sind wie die Hezereien des von Engelzell Schmoller so inniglich angebeteten August Bebel während des Kriegsjahres 1870—71.“

Die Würde die „Post“ aufschreiben, wenn wir auch nur in abgeschwächter ähnlicher Tonart unsere grundsätzliche Ablehnung der Ziele und Bestrebungen der freisonnerativen Partei zum Ausdruck bringen würden!

Aufgehobenes Verbot.

Das Verbot unseres Solinger Parteiblattes, der „Vergifteten Arbeiterstimme“, ist auf telegraphische Weisung aufgehoben worden. Das Erscheinen der „Vergifteten Arbeiterstimme“ war auf weitere acht Tage untersagt worden, weil während des dreitägigen Verbots Extrablätter mit den neuesten Kriegsnachrichten herausgegeben wurden. Die Behörden überzeugten sich, daß es sich hierbei nicht um eine abfällige Umgehung des Verbots, also nicht etwa um bösen Willen der Redaktion und des Verlags, sondern um ein Mißverständnis handelte und lastierten infolgedessen die weiterhin verhängte Strafmaßregel.

Weitere Einschränkung der Freizügigkeit.

Nachdem erst kürzlich die Freizügigkeit der ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in Bayern eingeschränkt worden ist, teilt über eine weitergehende Einschränkung der Freizügigkeit im Allgemeinen die „Bayerische Staatszeitung“ folgendes mit:

„Die Heeresverwaltung hat ein wesentliches Interesse daran, daß in ihren eigenen und in den für das Heer oder die Marine liefernden Privatbetrieben jeder nicht unbedingt gebotene Arbeiterwechsel vermieden wird. Es erscheint daher angezeigt, die dort beschäftigten Arbeiter, so weit sie vom Heeresdienst zurückgestellt oder beurlaubt sind, darauf hinzuweisen, daß ihre Zurückstellung bzw. Beurlaubung bei jedem Arbeitswechsel sofort außer Kraft tritt. Es ist Anordnung getroffen, die sofortige Einstellung eines jeden dienstpflichtigen Arbeiters in die Truppe zu veranlassen, der bei einem der bezeichneten Betriebe die Arbeit niederlegt oder das Arbeitsverhältnis kündigt, auch wenn dies in der Absicht geschieht, in einem anderen solchen Betrieb einzutreten.“

Die Herabsetzung der jetzigen Lebensmittelpreise

fordert auch die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“, und zwar im Interesse der Industrie, damit die Löhne nicht eine Höhe erreichen, die die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausschließen. Das Blatt schreibt: „Unverkennbar liegt die jetzige Preisgestaltung der Nahrungsmittel weder im Interesse der Industrie noch der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft hat davon nur mäßigen Vorteil gezogen, und die Industrie hat durch Zahlung höherer Löhne schwer an den Kosten zu tragen. Gewiß haben zu dem jetzigen hohen Stande der Löhne auch noch andere Umstände, vor allem die Anspannung an Arbeitern und die Dringlichkeit der Aufträge beigetragen, aber die Höhe der Lebensmittelpreise bildet dazu doch immerhin die breiteste und gewissermaßen widerstandsfähigste Grundlage. Das Streben muß deshalb dahin gehen, die ungewöhnliche Preisstufe der Lebensmittel allmählich zu senken. Eine Herabsetzung der jetzigen Lebensmittelpreise erscheint durchaus möglich. Sie sind nicht aus innerem Zwange heraus entstanden, denn ganz offenbar hat der ideale Zug, welcher kurze Zeit nach Kriegsausbruch sogar in Kreisen des Handels anzutreffen war, schon seit langem wieder realeren Empfindungen Platz gemacht. Industrie und Landwirtschaft aber haben alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß die Preisentwidelung in ruhiger Bahnen geleitet wird. . .“

Enorme Steigerung der Schweinepreise.

Auf dem gestiegenen Berliner Schweinemarkt stieg die Höchstnotiz von 84 M. auf 99 M. pro Zentner Lebendgewicht, das ist eine Preissteigerung von 15 M. pro Zentner. Geringe Ware war sogar 16 bis 20 M. teurer. Die höchste Notiz von 99 M. pro Zentner Lebendgewicht entspricht einem Preise von 124 M. für einen Zentner Schlachtgewicht. Die bisherige Höchstnotiz für einen Zentner Schlachtgewicht betrug Ende März 115 M.

Weiteres Mandat im elsass-lothringischen Landtag.

Die Zentrumsfraktion der Zweiten elsass-lothringischen Kammer beschloß einstimmig den Ausschluß des Priesters Wetterlé aus der Fraktion. Ferner sollte die Fraktion, wie das Zentrum-

organ „Der Elsäßer“ meldet, einen Beschluß, demzufolge das Oberlandesgericht ersucht werden soll, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Mitgliedschaft der Zweiten Kammer des elsass-lothringischen Landtages bezüglich des Redakteurs Wetterlé noch vorhanden seien.

Eisenbahneinnahmen und Steuerpflicht.

Berlin, 8. April. (R. L. V.) Bekanntlich haben sich die Einnahmen der preussischen Staatsbahnen in den letzten Monaten wieder ganz außerordentlich gehoben. Es wäre aber nicht richtig, wenn die Gemeinden, in denen der preussische Eisenbahnfiskus steuerpflichtig ist, daraus folgern würden, daß sie im kommenden Steuerjahr mit, wenn auch gegen das Vorjahr verminderten, so doch beträchtlichen Gemeinde-Einkommensteuerbeträgen des Eisenbahnfiskus bei der Aufstellung ihrer Etats rechnen könnten. Den erhöhten Einnahmen des Eisenbahnfiskus in den letzten Monaten stehen, abgesehen von gesteigerten Ausgaben, so erhebliche Ausfälle in den ersten Monaten nach Beginn des Krieges gegenüber, daß ein Reinertrag im Jahre 1914 schwerlich vorhanden sein wird. Die Gemeinden werden daher nicht darauf rechnen können, eine Gemeinde-einkommensteuer in Steuerjahr 1915 vom Eisenbahnfiskus zu erhalten.

Friedensgebete des Papstes.

Der Papst hat nach einer Mitteilung der „Röm. Volkstz.“ angeordnet, daß in allen Kirchen des katholischen Erdkreises während des Monats April für den Frieden gebetet werde.

Kriegsschäden im Elsaß.

Aus den Mitteilungen des elsass-lothringischen Staatssekretärs in der Zweiten Kammer ist bemerkenswert, daß die Schäden in Elsaß-Lothringen sehr erheblich zurückblieben gegenüber den Schäden in Ostpreußen. So betragen die baulichen Schäden aus der lothringischen Schlacht kaum mehr als vier Millionen trotz der Kampffront von 60 Kilometern. Weitläufig am schwersten betroffen ist zweifellos der Süden, das Oberelsaß.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Gent.

Der „Rhein.-Westf. Zig.“ schreibt ein mit den wirtschaftlichen Verhältnissen von Gent angeblich sehr vertrauter Mitarbeiter: „Gent ist eine Stadt von mehr als 200 000 Einwohnern. Sie betreibt in Friedenszeiten neben einem bedeutenden Handel mit Holz, Flachs, englischen Kohlen, Phosphat u. a. eine große Industrie. In erster Reihe steht dabei die über eine Million Spindeln beschäftigende Baumwollindustrie. Da ist es begreiflich, daß die wirtschaftliche Krisis der Kriegszeit eine starke Arbeitslosigkeit verschuldet. Aber zum Glück stehen an der Spitze der Stadt Männer, die der schwierigen Aufgabe, die ihnen so erwuchs, Herr wurden! Besonders der Finanzschöffe von Gent, Eduard Ansele, der Gründer der mustergültigen Arbeiter-Konsum- und Produktions-Genossenschaft Vooruit, bewährte sein Organisations-talent. Das Gentler System der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, das auf ein Zusammenwirken von Stadt und Gewerkschaft hinausläuft, ist auch für Deutschland vielfach mustergültig geworden. Als nun die für diesen Zweck bestimmten Gelder der Gewerkschaften ausgingen, erzwang Ansele, daß die Stadt für die Kriegszeit die gesamten Kosten der Versicherung übernahm. Außerdem regte er Notstandsarbeiten an. Ein großes neues Dock am Gentler Hafen wird gegenwärtig von Arbeitslosen gebaut. Siebentaufend von ihnen finden dabei Beschäftigung; sie arbeiten vier Stunden am Tage und erhalten für die Stunde 50 Centimes. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation wird von den Gentler Arbeitern unter den herrschenden Verhältnissen als so dringend empfunden, daß, trotz der schlechten Zeit, alle Gewerkschaften der Stadt an Mitgliedern zugenommen haben.“

In dieses Lob der Arbeitslosenversicherung und der Arbeiter-Konsumvereine sollte sich die „Rhein.-Westf. Zig.“ auch in Friedenszeiten erinnern!

Flüchtlingseleid.

Der aus Ostpreußen geflüchteten Bevölkerung ist in den letzten Tagen die Erlaubnis erteilt worden, an die Stationen ihres früheren Wirkens zurückzukehren. Wie man auf den Bahnhöfen sehen kann, wird von der Erlaubnis ein überaus ausgebreiteter Gebrauch gemacht. Ueberall sieht man das Gepäck der Flüchtlinge, Kisten, Säcke, Koffer, die die wenigen Habsgüter bergen, die bei der Flucht mitgenommen werden konnten und die einen Beweis für die durch die Eile bedingte Kopflosigkeit der Bevölkerung bieten, wenn man nämlich sieht, mit wieviel überflüssigen Dingen man sich damals beladen hat. Frauen tragen Blechimer in den Händen, die allen möglichen Kleinram bergen. Sie bringen Beien mit, Kinderlampen; eine Flüchtlingssfrau schob vor sich einen Kinderwagen her, der mit allem möglichen Hausrat beladen war. Männer mit grauen Bärten stehen dort und erwarten den Abgang der Züge; die Frauen sind von Kindern umdrängt, darunter ganz kleine Knirpse, die mitunter einen Dauerauftrag machen, um sich einigermäßen zu erwärmen. Man denkt unwillkürlich an die Worte aus dem „Hauti“: „Der Menschheit gungler Jammer packt mich an!“ Vielfach gegen Kälte nur ganz notwendig geschützt, drängen sich die Flüchtlinge aneinander, weil in den zerstörten Bahnhöfen ebenfalls wie in den Leischaften die Möglichkeit eines Unterkommens besteht. Geradezu rührend war es, wie eine junge Frau sich bemühte, einen Kanarienvogel zu schützen, den sie im Käfig trug. Auf den einzelnen Bahnhöfen stehen auch Karren bereit, die dem Abtransport dienen sollen. Wenn die Flüchtlinge allerdings in ihre Heimatdörfer zurückkehren, dann erst wird ihnen das ganze Elend zum Bewußtsein gelangen, das über sie gekommen ist. Die Russen haben auf ihrem Zuge, der sie unter Umgehung Königsbergs an die Ostsee führen sollte, so ziemlich alles zerstört. In der Gegend um Goldap ist wohl kaum noch ein einziges Haus benutzbar. In Goldap selbst ist es unmöglich, ein Unterkommen zu finden, weil alles zerstört ist, und zwar so zerstört, daß nichts übrig bleiben wird, als die noch stehenden Ruinen niederzureißen und die Häuser von Grund auf neu aufzubauen. Links und rechts der Straßen und der Bahnliesen sieht man nichts weiter als zerstörte Dörfer. Den schlimmsten Eindruck macht jedenfalls die kleine Orttschaft Aufgangarten bei Angerdorf. Der kleine Ort, der sich auf eine Anhöhe hinaufzieht, ist so gut wie völlig vernichtet; nur die Kirche ragt noch aus einem Meer von Ruinen heraus, sie scheint verhältnismäßig am wenigsten gelitten zu haben. — Die Erbitterung gegen die Russen ist unter den Flüchtlingen eine ganz ungeheure. Vielfach drohen Frauen und selbst Kinder mit geballten Fäusten den russischen Gefangenen, die vorübergeführt werden. Man kann dieses Gefühl des Hasses verstehen, wenn allerdings andererseits auch richtig ist, daß man den einzelnen gefangenen Russen nicht für die Greuelthaten der russischen Armee verantwortlich machen kann. An der Angerapp sind die Bahnbrechen, die geprengt waren, notdürftig wieder hergestellt, trotzdem kann der Verkehr nur mangelhaft aufrechterhalten werden, und so kommt es, daß auf allen diesen Bahnhöfen Ansammlungen

von Flüchtlingen entstanden sind; geduldig warten die Verurteilten hier stundenlang, bis sie endlich wieder mit einem Zuge ein Stück weiterbefördert werden können. Tränen des Schmerzes erzählt mir ein Mann in vorgerückten Jahren, daß er vor dem ein ziemlich gutstatterter Güter war, heute aber an den Vettelstab gebrochen sei; denn nicht nur, daß sein Anwesen zerstört wurde, die Russen haben ihm auch sein Vieh weggetrieben. Und wenn er jetzt zurückkehre, so nur deshalb, um noch einmal die Stätte zu sehen, an der er einst mit seiner Familie ein glückliches Leben geführt habe. Kaleidoskopartig wechseln die Bilder, eins immer jammervoller als das andere. Vielleicht wäre es besser gewesen, die Rückkehr der Flüchtlinge noch einige Zeit hinauszuschieben, weil sie gegenwärtig an ihren früheren Wohnstätten weder Unterkunft noch Nahrung zu finden vermögen und gar nicht in der Lage sind, die nötigen Lebensmittel mitzuführen zu können, deren sie zu längerem Aufenthalt bedürfen.

Die Zahl der von den Russen verschleppten Zivilpersonen hat sich noch nicht feststellen lassen. Manche Familien sind im Dangen Zweifel darüber, ob die fehlenden verschleppt oder gar getötet worden sind, denn namentlich bei ihrem zweiten Einfall haben die Russen nichts geschont. Das Mobiliar wurde multivollig zertrümmert, soweit es nicht einfach gestohlen wurde. Führt doch die von russischen Militär von Margarabona nach Suwalki gebaute Bahn im Volksmund die Bezeichnung „Leutebahn“. Sie diente dazu, den Raub fortzuschaffen, und wenn es auch den deutschen Truppen gelang, den Russen einen Teil der Beute wieder abzunehmen, so ist den Geschädigten um bedwillen nicht damit gedient, weil natürlich nicht festgestellt werden kann, wo die einzelnen Sachen gestohlen worden sind. In den zerstörten Häusern sieht man unter dem Schutt noch die Trümmer der einstigen Herrlichkeit. Die meisten der Flüchtlinge finden bei ihrer Rückkehr keine Verwandten, die ihnen nicht einmal ein farges Obdach zu bieten vermögen.

Auf einem total zerstörtem Bahnhof trat mir der leitende Assistent entgegen, die Hofe höchst schadhast, der Rodärmel zertrüffelt, das Gesicht von Gram und Sorge durchfurcht. Seine Familie ist in sichere Obhut gebracht; er selbst haust in einer recht notdürftigen Hütte, es fehlte ihm momentan alles, worauf der Kultur-mensch Wert legt. Er versteht aber in der aufopferungsvollen Weise seiner verantwortungsvollen Dienst, und die Stunden unheimlicher Ruhe, die ich dort verbringen mußte, stehen mir die Größe der Verantwortlichkeit erkennen, die gerade gegenwärtig auf diesen Beamten ruht. Sie waren die letzten, die die Flüchtlinge betreuten, und sie waren die ersten, die nach Vertreibung der Russen in das von diesen Verden geschaffene Chaos zurückkehrten. Ihre hingebende Tätigkeit verdient nicht minder bemerkt zu werden, als so manche hervorragende Leistung an der Front. Wie hilfsbereit stehen sie diesen Flüchtlingen mit gutem Rat zur Seite, wiewohl eine Flut von Fragen stürmt ununterbrochen auf sie ein!

An den masureischen Seen sieht es schlimmer genug aus. Vor einer niedergebrannten Hütte stand eine Frau mit vier Kindern, alle ärmlich gekleidet. Sie weinten bitterlich; Mann und Frau hatten Jahre hindurch gepart, und nun stand die Familie vor einem Trümmerhaufen. Bei diesem Elend nicht mit eigenen Augen gesehen, der macht sich keinen Begriff von der Größe des Unheils, das über die arme Bevölkerung Ostpreußens hereingebrochen ist.

Wohl sind die Behörden aufrichtig bestrbt, mit voller Kraft zu helfen, aber es werden Jahre vergehen, bis die Spuren russischer „Kulturhöhe“ beseitigt sind.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Alagen aus der A. G. G.

Im Betrieb der A. G. G. Brunnenstraße—Voltastraße ist vor kurzem nach mehrmaligen Verhandlungen des Arbeiterausschusses mit der Direktion vereinbart worden, daß die Verdienste, der gegenwärtigen Teuerung wenigstens in etwa Rechnung tragend, erhöht werden. Erheblich ist ja die Heraushebung der Verdienste nicht und gleicht auch bei weitem nicht das Mehr aus, das die Arbeiter für die notwendigsten Bedarfsartikel zahlen müssen; aber es war doch etwas. Die Arbeiter freuten sich selbst über das Wenige, und erklärten ihr Einverständnis mit dieser Abmachung, obgleich sie dabei auf die Bedingung eingehen mußten, für die nächsten drei Monate keinerlei weitere Anforderungen in bezug auf Lohn- oder Akkordausbesserung zu stellen.

So weit, so gut. Nun ließ aber die Ausführung dieser Abmachung zu wünschen übrig, eine Entscheidung, die in diesem Betrieb der A. G. G., der von Herrn Direktor Elies geleitet wird, leider schon des öfteren zu bemerken war. Verschiedentlich liefen Beschwerden ein, wonach den Arbeitern nicht das wurde, worauf sie nach den Zugeständnissen der Direktion Anspruch hatten.

In einer Abteilung, die Montagearbeiten auszuführen hatte, war dies auch der Fall, und verständigten sich die Arbeiter dieser Abteilung dahin, einmal in einer Zusammenkunft die Lage zu besprechen. Da die betreffende Abteilung seit längerer Zeit Ueberstunden macht, wurde an dem bestimmten Tage der Meister dahin verständigt, daß für diesen Tag keine Ueberstunden gemacht werden könnten, da die Arbeiter sich über ihre Beschwerden verständigen wollten. Die Arbeiter gingen auch, als ihre reguläre Arbeitszeit beendet war, aus dem Betrieb und besprachen sich in einer Werkstattdarstellung, was zu tun sei. Als sie am anderen Morgen rechtzeitig die Arbeit wieder aufnehmen wollten, wurden sie nicht wieder in den Betrieb hineingelassen, und zwar deshalb nicht, weil sie am Tage vorher keine Ueberstunden geleistet hatten. Die Arbeiter waren also entlassen.

Im das Ganze richtig zu würdigen, muß hier gesagt werden, daß es sich um Arbeiter handelt, die fast alle lange Zeit, ja bis zu 19 Jahren, ununterbrochen im Betrieb beschäftigt waren.

Die Darstellung des Falles ist durchaus keine einseitige, sondern ist in Gegenwart der Arbeiter und der Vertretung der Direktion der A. G. G. als durchaus den Tatsachen entsprechend festgestellt worden.

Die Direktion der A. G. G. glaubt, unter allen Umständen Anspruch auf Ueberstunden zu haben. Das wird auch in anderen Betrieben beobachtet. Die Unternehmer drohen vielfach, wenn Arbeiter, die wochen- und monatelang Ueberstunden gemacht haben, einmal mit diesen pausieren wollen, mit der Meldung an die Militärbehörde. Auch wird versucht, Arbeiter dadurch zum Nachgeben zu zwingen, daß man droht, es werden die Militärbehörden veranlaßt werden, die betreffenden in den Schützengraben zu verlegen. Diese Drohungen kommen in letzter Zeit so häufig vor, daß es wohl nötig erscheint, wenn die Behörden sich einmal eingehend mit diesen Dingen befassen, denn einmal darf das Bestehen des Schützengrabens doch vom Arbeitgeber nicht als Strafandrohung benutzt werden, und zum anderen müßte die Behörde Vorkehrungen treffen, um zu verhüten, daß böswillige Arbeitgeber mit dem Rechte der Reklamation von dringend benötigten Arbeitskräften Mißbrauch treiben können.

Teuerungszulagen für das gewerbliche Personal der Waren- und Kaufhäuser.

Die Firmen A. Zandorf, Kaufhaus des Westens und H. Joseph-Kaufhän haben, nach vorangegangenen Verhandlungen mit Vertretern des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, ihren Angestellten außerordentlich pro Woche 2 Mark Teuerungszulage gewährt.

Ferner fanden Verhandlungen mit den Firmen A. Wertheim und H. Seryog statt; bei der ersteren sind 5 Mark, bei der Firma

Hergog 8 Mark pro Monat Zulage getährt. Leider sind aber nicht alle Diener berücksichtigt worden.

Bestandlich ist es, daß sich noch immer einige größere Waren- und Kaufhäuser den berechtigten Wünschen ihrer Angestellten auf eine Teuerungszulage verweigern.

Die Militärfaktoren beschäftigten sich am Mittwoch mit den Differenzen, die in den Lohnfragen zwischen Unternehmer und Arbeiter entstehen, und der Frage, wie denselben begegnet werden kann. Es wurde wies darauf hin, daß die Arbeiter sich nicht mit jedem Preise zufrieden zu geben brauchen, den der Unternehmer einseitig festsetzt, sondern daß der Verdienst der betreffenden Arbeiterleistung entsprechen muß. Wer in solchen Fällen mit dem Unternehmer nicht einig werde, habe sich an die Ortsverwaltung zu wenden, die dann die Schlichtungskommission anruft. An der Hand von Beispielen zeigte Redner, wie solche Vorkehrungen geregelt werden. Der Arbeiter solle nicht bei einer entscheidenden Differenz sofort die Arbeit hinlegen, sondern unter Vorbehalt weiterarbeiten, bis die Schlichtungskommission ein Urteil fällt. Die nächste Versammlung soll die Frage des Reichstags erörtern.

Achtung, Schuhmacherfrauen! In der Nr. 87 des „Vorwärts“ vom Sonntag, den 28. März d. J. machten wir bekannt, daß den Frauen der bis zum 27. März 1915 zum Seere eingezogenen Mitglieder eine abermalige Unterstützung von 10 M. resp. 5 M. gezahlt wird. Eine Anzahl der Beteiligten hat die Unterstützung nicht abgeholt. Wir weisen deshalb hiermit nochmals darauf hin, mit dem Erzeugen, unter Vorzeigung der städtischen Unterstützungskarte bis spätestens Mittwoch, den 14. April, vormittags von 10—12 Uhr, die Unterstützung in unserem Verbandsbureau, Engelauer 14, vorn part., in Empfang zu nehmen.

Zentralverband der Schuhmacher. Ortsverwaltung Berlin.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Maschinenfabrik Könsen A. G. erzielte einen Reingewinn von 716 670 M. (im Vorjahre 575 740 M.). Die Dividende wird mit Rücksicht auf die erforderlichen Rücklagen für Außenstände im Auslande wie im Vorjahre auf „nur“ 12 Proz. bemessen. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir: „Die rückläufige Konjunktur hat auch zu Beginn des Berichtsjahres angehalten, doch besserten sich die Verhältnisse von Monat zu Monat. Bei Ausbruch des Krieges trat ein momentaner Stillstand ein. Wir hätten die Fabrikation einschränken müssen, erhielten jedoch bald umfangreiche Aufträge der Militärbehörden, die uns alle Hände voll zu tun gaben. Auch bei der Privatindustrie, soweit sie sich mit Militärlieferungen befaßt, stellte sich bald wieder dringend eiliger Bedarf ein und es wurden neue Aufträge und viele der früher sistiert gewesenen ausgeführt. Hierdurch war es uns möglich, den Umsatz gegen das Vorjahr beträchtlich zu erhöhen, wobei uns unsere Warenvorräte aus dem Vorjahr sehr zu statten kamen.“

Rückgang des russischen Handels.

Paris, 8. April. (B. L. B.) Der Petersburger Korrespondent des „Journal“ meldet: Die russische Einfuhr übersteigt ständig die Ausfuhr, so daß der Handelsverkehr immer noch zumungunsten Russlands ausfällt. Der Handel findet vornehmlich auf dem Seewege über Schweden und an der russisch-finnländischen Grenze statt. Zwischen dem 1/14. Januar und dem 25. Februar/10. März wurden Waren im Gesamtwerte von 6 100 000 Rubel ausgeführt; gegen 192 700 000 Rubel im Jahre 1914. Während desselben Zeitraums betrug die Einfuhr 35 900 000 Rubel gegen 231 200 000 Rubel im Jahre 1914. Aus den Zahlen läßt sich entnehmen, wie sehr die Deffnung der Dardanellen der Bilanzierung des russischen Handels zugute kommen würde.

Stadtverordnetenversammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 8. April 1915, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Stellvertreter Caffel eröffnet die Sitzung nachmittags 5 1/2 Uhr mit der Mitteilung, daß Oberbürgermeister und Stadtverordneten namens der Stadt Berlin dem Kronprinzen zur Geburt einer Tochter und aus demselben Anlaß dem Kaiser ein Glückwunschtelegramm geschickt haben. Der Kaiser hat telegraphisch seinen Dank ausgesprochen.

Der Vorsitzende Mischelet ist durch Krankheit verhindert, an der heutigen Sitzung teilzunehmen.

Der Erwerb der Berliner Elektrizitätswerke

ist von dem niedergesetzten Ausschusse nach eingehender Beratung einstimmig gutgeheißen worden. Der Magistrat hatte folgende Beschlussefassung beantragt: „Die Versammlung bewilligt die für den Erwerb der V. E. W. erforderlichen Mittel und ist mit deren Beschaffung auf dem Wege einer Anleihe einverstanden“; der Ausschussantrag geht dahin: „Die Versammlung beschließt, die für den Erwerb der V. E. W. und die nötigen Einrichtungen erforderlichen Mittel im Höchstbetrage von hundertdreißig Millionen Mark zu bewilligen und erklärt sich mit der Beschaffung dieser Mittel im Wege einer Anleihe einverstanden. Die Versammlung gewährt seitens des Magistrats die Einbringung einer Vorlage zur Genehmigung, in der die erforderlichen Ausgaben ihrer genauen Höhe nach aufgeführt werden.“

Den vorliegenden ausführlichen schriftlichen Ausschussbericht vertritt Stadtv. Körte (Fr. Fr.). Aus seinem Referat geht hervor, daß der Betrag für den Erwerb in den Ausschussantrag deshalb hineingeschrieben ist, weil die Versammlung unmöglich einen Blankowechsel für den Erwerb unterschreiben könne.

Stadtv. Heimann (Soz.): „Ende gut, alles gut“. So wenig gut und erfreulich bisher die Verfolgung Berlins mit Elektrizität gewesen ist, so erfreulich ist die Tatsache, daß die Versammlung heute auch materiell der Lebensbedürfnisse der V. E. W. zum 1. Oktober zustimmen wird. In solchen Augenblicke alte Wunden aufzureißen und Widerspruch hervorzurufen bezüglich dessen, was hinter uns liegt, halte ich nicht für richtig. Jetzt müssen beide städtischen Körperschaften den Blick vorwärts richten und mit vereinten Kräften alles tun, dieses Unternehmen, das unbeschränkte Möglichkeiten der Entwicklung bietet, auf seine volle Höhe zu bringen. Nur eine rückblickende Bemerkung. In der Presse, in früheren Verhandlungen und Unterredungen ist uns oft entgegengehalten worden, daß das, was wir zugunsten der Verstaatlichung sagten, kein Gewicht haben könne, da wir ja prinzipiell für die Verstaatlichung einzutreten gezwungen seien. Gewicht sind wir so glücklich, ein Kommunalprogramm zu besitzen, in welchem gefordert wird, Gewerbe monopolistischen Charakters der privaten Ausbeutung zu entziehen. Ich bin so unbescheiden, überzeuge mich, daß die Tatsache der Existenz dieses Programms und seine unerwähnte Propagierung hier und anderwärts recht erheblich dazu beigetragen hat, dem Gedanken der Verstaatlichung solcher Monopolbetriebe zum Durchbruch zu verhelfen. Wir sind zu dieser Programmforderung gekommen aus Erwägungen, die auf ganz realem Untergrunde beruhen, und besäßen wir dieses Kommunalprogramm noch nicht, so wären wir trotzdem zur Forderung der Verstaatlichung gekommen. Sollte man sich zur Stütze dieser Forderung einen Schulfall konstruieren, so brauchte man nur die Verhältnisse der Berliner Elektrizitätswerke vorzuführen, wobei immerhin der hier in Frage stehende Vertrag noch lange nicht der schlechteste ist, den Berlin geschlossen hat. Viel anderes als das Fundament für die Berliner städtischen Elektrizitätswerke bietet die Vor-

lage, die wir heute verabschieden, freilich noch nicht; daher waren die gründlichen Beratungen und Ausdrachen mit dem Magistrat nur zu berechtigt; ihr Ergebnis hat bei meinen Freunden einen zufriedentstellenden, ja überzeugenden Eindruck hinterlassen. Wir erkennen an, daß der Magistrat vorsichtig und sorgfältig alle Maßnahmen erwogen hat, die zur Ueberführung der Werke in die städtische Verwaltung notwendig sind. Die Finanzierung, der eventuelle weitere Ausbau der Werke, die organisatorischen Maßnahmen und die Festsetzung der Tarife und Lieferungsverbindungen haben den Ausschuss ausgiebig beschäftigt. So verständlich vom Standpunkte einer Aktiengesellschaft die Tarifpolitik der V. E. W. gewesen ist, so unerfreulich war sie für die Allgemeinheit. Ein Teil unserer Industrie ist durch die Tarifpolitik der V. E. W. und ihre Verträge mit den Vororten in die Vororte hinausgedrängt worden. (Sehr richtig!) Unsere Gasanstalten versorgen allein mit Automaten-Gas 183 000 kleine Wohnungen, die V. E. W. erleuchten elektrisch alles in allem 35 000 Wohnungen. Seit 1904 ist der allgemeine Tarif nicht herabgesetzt worden, obwohl die Stromabgabe ganz außerordentlich, in zehn Jahren fast auf das Dreifache gestiegen ist. Die städtische Tarifpolitik wird nach anderen Grundsätzen geführt werden müssen. Die Studie des Herrn Werner über diese Frage, die auch die direkt vergleichbaren Verhältnisse von Chicago heranzieht, tut überzeugend dar, daß die Herabsetzung der Tarife ein absolut notwendiger Schritt ist. Leider hat ja die städtische Verwaltung nicht schon zum 1. Oktober 1915 mit der Ermäßigung vorgehen können, schon weil ein steigender Verbrauch in diesen Kriegsjahren nicht stattfinden kann. Daß der Magistrat mit der Tarifermäßigung für die Hochspannungsleitungen alsbald vorgehen wird, war uns sehr erfreulich zu hören. Im übrigen sind wir bereit, den Magistrat nach unserem besten Wissen und Vermögen bei seinem Streben zu unterstützen, den städtischen Elektrizitätswerken nimmere die ihnen im Groß-Berliner Kommunalwesen zukommende Stellung zu sichern, und wir hoffen, daß bei all den noch erforderlichen Maßnahmen die städtischen Körperschaften sich von einer gewissen Engherzigkeit werden lassen und sich freihalten werden von Kleinmut und Jaghaftigkeit. Dann wird der heutige Tag der Zustimmung zur Verstaatlichung als ein glücklicher angesehen werden. (Beifall.)

Stadtv. Dove (Linke): Auch wir stimmen dem Ausschussantrage zu, wenn auch nicht mit der Begeisterung, wie der Vordröner. Für uns handelt es sich nicht um ein Prinzip; auch ist es schwerlich ein Prinzip, das hier gefragt hat, sondern die Macht der Tatsachen, insbesondere der Ausbruch des Krieges. Es ist heute auch nicht der richtige Augenblick, „Ende gut, alles gut“ zu sagen, denn wir stehen erst am Anfang der Schwierigkeit, die V. E. W. in die kommunale Verwaltung einzuordnen; ich nehme aber auch an, daß es gelingen wird, diese Schwierigkeiten zu überwinden. „Kaufmännische Verwaltung“ ist an sich nur ein Schlagwort; es wird alles darauf ankommen, die richtigen Männer zu finden. In rühmlichen Betrachtungen sich zu ergehen, hat aber auch nach meiner Meinung jetzt keinen Zweck mehr.

Stadtv. Rommeln (Fr. Fr.): Die Mehrheit meiner Freunde würde einen guten neuen Vertrag dem Erwerbe vorgehen; ein neuer Vertrag ist nicht zustande gekommen, wir müssen die V. E. W. übernehmen. Es handelt sich also bei unserer Zustimmung eigentlich nur um eine Formalität. Ein prinzipieller Gegner des Eigenbetriebes bin ich nicht, aber hier tun wir einen Sprung ins Dunkle. Tarifherabsetzungen sind in städtischen Körperschaften ein schweres Ding, zumal wenn man auf Jahre hinaus schwierige Etats zu bewältigen haben wird. Ich will das Beste hoffen, habe aber in diesem Punkt doch einige Sorge. Ungeklärt ist auch noch die große Frage der Verbilligung der Stromerzeugung; ähnlich steht es mit der Organisation der Verwaltung, ähnlich mit der Frage des Ausbaues der Werke, und unklar ist auch die Frage der Finanzierung. Wir beschließen, 100 Millionen auszugeben, wissen aber nicht, wie sie gedeckt werden sollen; einstweilen wächst unsere schwebende Schuld um diesen Betrag. Die Verantwortung für die sachliche Bedeutung unseres heutigen Beschlusses können wir nicht übernehmen. Ein Teil meiner Freunde wird sich deshalb der Abstimmung enthalten.

Oberbürgermeister Vermuth: Wir haben diese Sache niemals als Prinzipienfrage angesehen; die Mehrheit der Versammlung auch nicht. Die Tatsachen sind stärker gewesen als der Magistrat. Gemeinsam stehen wir jetzt vor einer vollendeten Tatsache und müssen gemeinsam das Recht daraus ziehen. Der Magistrat wird die Schwere dieser Pflicht voll würdigen. Binnen kurzem werden Sie sehen, wie wir dieser Pflicht zu genügen bestrebt sind; vielleicht dauert es nur noch ganz wenige Tage, bis wir Ihnen den Entwurf eines Gemeindeforschusses über die Einrichtung der städtischen Elektrizitätswerke vorlegen, und dann wird sich ja zeigen, ob die Stadt diese große Aufgabe bewältigen kann. Die richtigen Personen, die es zu finden gilt, müssen auch auf richtigen Grundlagen arbeiten; sie dürfen nicht eingeengt werden, indem man ihnen ihr bisheriges Tätigkeitsfeld ungangbar macht. Hier stehen Sie nicht vor vollendeten Tatsachen, sondern wir werden genau diesen Gemeindeforschuss zu beraten haben, und wir bitten Sie dringend, den kaufmännischen Geist, den Geist der Handlungsfreiheit und Unternehmungsgeist auch bei den seitzuschickenden Regeln zu beobachten. Die Tariffrage ist schwierig, besonders zu dem jetzigen Zeitpunkt; wir dürfen nicht unbesonnen in der Kriegszeit daselbst tun, was wir im Aufschwung des Wirtschaftslebens unbedenklich getan haben würden. Sicher ist, daß wir vor einer unheimlich schwierigen Aufgabe stehen, aber zu scheuen brauchen wir sie nicht. (Zustimmung.) Der Magistrat ist entschlossen, mit freier Kraft in die Sache hineinzugehen, und die Selbstverwaltung, besonders aber die Berliner, wird dazu fähig sein, die Aufgabe zu lösen. (Beifall.)

Stadtv. Rosenow (Fr. Fr.) vertritt den Teil seiner Fraktion, der die Verstaatlichung von Monopolbetrieben befürwortet. Wie die Wasserwerke schon 1873 verstaatlicht wurden, gehe man jetzt an die Verstaatlichung der Elektrizitätsversorgung. Daß man jetzt vor einer vollendeten Tatsache stehe, das sei er froh. Tarifherabsetzungen auf der Stelle von der Stadt zu verlangen, sei geradezu unbillig. Die in Aussicht gestellte Vorlage müsse schleunigst an die Versammlung kommen; sie müsse auch schon Anhaltspunkte bieten dafür, daß man die richtigen Personen findet, indem man die Anstellungsbedingungen entsprechend festsetzt; es dürfe nur das Beste vom Besten genommen werden, ohne Rücksicht auf den Kostenpunkt. Der Ausschussantrag gelangt hierauf mit überwältigender Mehrheit zur Annahme.

Um 7 Uhr werden in gemeinschaftlicher Sitzung beider Körperschaften unter Vorsitz des Oberbürgermeisters die am 1. Oktober auscheidenden Mitglieder des Bezirksausschusses wiedergewählt. Der spezielle Entwurf zum Neubau der Gemeindegewerkschule mit Abteilung für Rebenklassen und Räumen für eine Gas-Revierinspektion an der Pfander und Kopenhagener Straße (Kostenanschlag 1 042 000 M.) wird genehmigt.

Mit dem Abriß der Paulischleiten der zur Durchlegung der Roststraße enteigneten Grundstücke Mendelssohnstraße 3 und Neue Königstraße 19 unter Vergebung der Arbeiten im Wege der öffentlichen Ausschreibung erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Das königliche General-Kommissariat zur militärischen Vorbereitung der Jugend hat durch den Vertrauensmann für den Bezirk I, Berlin-Stadt, einen städtischen Zuschuß zu den Kosten der Ausrüstung und Ausbildung der aus dem Stadtkreis Berlin gebildeten Jugendkompagnien nachgesucht. Der Bedarf zur Beschaffung von warmer Unterkleidung, Umhängen, Röhren und Schutzeug, sowie zu Beihissen für Fahnen und sonstigen kleinen Ausgaben bei 95 unterjährig bedürftigen von insgesamt 117 Kompagnien wird auf 11 300 M. angegeben. Obgleich der Magistrat grundsätzlich davon ausgeht, daß die militärische Jugendausbildung nicht in den Bereich der kommunalen Aufgaben fällt, will er dennoch eine einmalige Beihilfe von 6000 M. gewähren, um der minderbemittelten Jugend Berlins die Teilnahme an den Übungen zu ermöglichen.

Stadtv. Bruns (Soz.): An Ueber einstimmung mit unserem Parteiprogramm haben wir stets für die körperliche und geistige Ausbildung unserer heranwachsenden Jugend Mittel bewilligt. Vorsehung dafür ist aber, daß die Bewilligung solcher Mittel uns

zweckentsprechend erscheint. Hier handelt es sich um militärische Ausbildung. Diese ist nach unserer Meinung nicht Sache der Kommunalbehörden. Wir sind da in erfreulicher Uebereinstimmung mit dem Magistrat, sind aber konsequenter als er und wollen auch den ersten Schritt nicht mitmachen, dem bald weitere folgen könnten. Wir werden deshalb die Bewilligung ablehnen.

Stadtv. Rommeln erklärt seine Zustimmung zu dem Magistratsantrage, gerade weil eine einmalige Beihilfe keine Abweichung von dem vom Magistrat aufgestellten Grundsatz bedeute. Der Betrag von 6000 M. wird bewilligt.

Mit dem 1. April d. J. ist das Luisenstädtische Gymnasium nach der Pfander Straße verlegt worden. In das freigewordene Gebäude Brandenburgerstr. 37 sollen die 2. Wahlfortbildungsschule für Mädchen und die gewerbliche und kaufmännische Bildungsanstalt für Mädchen und Frauen einziehen. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Am 31. März haben die Stadtv. Barowski u. Gen. (Soz.) folgenden Antrag eingereicht:

Den Magistrat zu ersuchen, einen gemeinsamen Arbeitsnachweis für kaufmännische Angestellte und technische Beamte zu errichten und diesen dem Zentralverein für Arbeitsnachweis anzugliedern.

Stadtv. Brüdner (Soz.): Unser Antrag umfaßt nur wenige Zeilen, und doch ist sein Gehalt in sozialer Beziehung von ziemlicher Bedeutung; bringt er doch eine Erneuerung auf einem Gebiete, wo ähnliches erst in den Anfängen vorhanden ist. Als die Worte „Mobilisierung“ und „Krieg“ durch die Welt liefen, stockte Handel und Wandel, eine ungeheure Arbeitslosigkeit griff Platz, Entlassungen in großem Umfange fanden statt, das kaufmännische Personal wurde zum Teil auf die Hälfte des Gehalts herabgesetzt, und heute noch werden Klagen auf Erstattung des vollen Gehalts zum Antrag gebracht vor einer Institution, deren Errichtung gleichfalls zunächst auf Widerstand gestoßen ist, dem Kaufmannsgericht, das aber heute niemand mehr missen möchte. — In alten Zeiten sprachen die Handwerker um Arbeit an, dann trat eine gewisse Regelung durch die Zünfte, Gilben und Innungen ein; an deren Stelle später die Regelung durch die Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber. Heute steht man nach langen Kämpfen auf dem Standpunkt, daß die Arbeitsvermittlung aus dem Kampf der Parteien auszuschneiden hat, daß gemeinsame, paritätische Nachweise errichtet werden müssen. Dazu kommt als Ergänzung eine Art kommunaler Arbeitsnachweise, die bei unparteiischer Verwaltung auch Großes leisten können. Das kaufmännische und technische Personal ist aber von der Segnung einer geregelten Arbeitsvermittlung noch nicht erfährt worden. In den Unterstützungsummen und in der Zahl der unterstützten Personen seit Ausbruch des Krieges kommt das Mißverhältnis zwischen Organisierten und Nichtorganisierten, soweit es auf einen nicht geregelten Stellennachweis zurückzuführen ist, drastisch zum Ausdruck. (Nebener gibt bezügliche Zahlen.) Die bisherige Art der Stellenvermittlung vollzieht sich bei diesen Verufen in wenig angenehmen Formen. Die Mißstände auf dem Gebiete der gewerksmäßigen Stellenvermittlung hat ja das Reichsgesetz von 1910 größtenteils wegeräumt. Ungeheuerlich ist die Zahl der kaufmännischen Stellensuche und -angebote in dem Inseratenteil der Zeitungen. Auf die zahllosen Bewerbungskarten der Stellensuchenden erfolgt oft gar keine Antwort oder erst nach langer Zeit; die Aussicht auf Erlangung einer Anstellung ist minimal; in großer Zahl sinken die in ihrer Hoffnung Getäuschten ins Proletariat hinab. Hier muß Abhilfe geschaffen werden; wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Der Einwand, die Kriegszeit eigne sich für solche neue Maßnahmen nicht, ist hinfällig. Wir kommen bereits jetzt mit der Anfrage, um beim Friedensschlusse ein stolzes Bauwerk fertigzubekommen. Den Hunderttausenden aus dem Felde heimkehrenden Kriegern können wir nicht zumuten, nachher wochen- und monatelang von Tür zu Tür auf die Stellennachfrage zu gehen, wir müssen ihnen die Bitterkeit des Jagens nach einer Arbeitsstelle ersparen. Auf die parlamentarische Regelung der Sache können wir nicht warten. Schon oft ist Gesetz geworden, was vordem aus freier Entschließung schon Übung war. Es darf brauchen nicht der Anschein erweckt werden, als wenn erst die Not der Zeit zu Konzessionen gezwungen hätte. Berlin wäre auch gar nicht die erste Stadt, die diesen Weg beschreitet, Hannover, Köln, Breslau besitzen solche Nachweise bereits, und besonders in Köln ist man mit der Einrichtung sehr zufrieden. Berlin braucht nicht die erste, aber auch nicht die letzte Stadt zu sein, die solche sozialen Einrichtungen trifft. Elf Verbände haben sich bereits an den Magistrat mit der Bitte um eine solche Einrichtung gewandt. Alle Parteischattierungen sind in diesen elf Verbänden vertreten; auch die Handelskammer scheint der Sache geneigt zu sein. Geldrückichten dürfen hier keine Rolle spielen; wo soziale Aufgaben winken, darf die Erfüllung nicht abhängig sein von Geldes Minken. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Dove: Wir wünschen Ausschussberatung des Antrages. Die Mehrheit meiner Freunde steht allerdings seiner Tendenz sehr feindselig gegenüber. Das kaufmännische Arbeitsverhältnis ist ein anderes als das gewerbliche. Das persönliche Moment wiegt vor, die große Zahl der Inserate ist auch gerade ein Beweis dafür. Das Recht, das Handelsgesetzbuch behandelt daher auch das kaufmännische Arbeitsverhältnis ganz anders als das gewerbliche. Neuerdings und zumal nach Beginn des Krieges haben Besprechungen in der Richtung des Antrages stattgefunden, und da hat sich eine Reihe großer kaufmännischer Vereine gegen die Anregung erklärt. Das letzte Wort in der Frage ist immerhin noch nicht gesprochen. Am Schlusse des Krieges werden wir ja vor großen Problemen stehen, auch darüber wird man sich im Ausschuss unterhalten; ob aber der paritätische Arbeitsnachweis das Heilmittel sein wird, ist zweifelhaft. Ganz so schlimm, als manche befürchten, wird sich die Sachlage dann übrigens nicht anstellen.

Stadtrat Maas äußert sich über die schon von Dove erwähnten Besprechungen im vorigen Jahre, ist aber so heiser, daß von seinen Ausführungen nur Bruchstücke auf die Tribüne dringen. In jeder Konferenz sei eine Einigung nicht zu erzielen gewesen. Jedenfalls hätten große Korporationen der Angestellten und der Prinzipale jedes Bedürfnis bestritten. Der Magistrat werde dennoch gern in einem Ausschuss die Sache nochmals durchsprechen.

Stadtv. May (Fr. Fr.): Auch wir wollen gern im Ausschuss mitberaten, haben aber wenig Meinung für die Tendenz des Antrages. Die kaufmännische Arbeit verträgt keine solche Schablonisierung. Die Organisationen der Angestellten haben ja auch ihre besonderen Nachweise ganz ausgiebig ausgebaut.

Der Antrag geht an einen Ausschuss. Den städtischen Arbeitern und gering besoldeten Beamten und Angestellten, soweit sie mit ihrem Lohne oder Gehalt jährlich höchstens 2000 M. erreichen und nicht bereits seit Ausbruch des Krieges eine Aufbesserung erfahren haben, will der Magistrat zur Verteilung des durch den Krieg verteuerten Lebensbedarfs eine Kriegszulage von monatlich 10 M., nachträglich monatlich zahlbar, ab 1. April 1915 bewilligen. Das Vorzugskonto soll den dafür notwendigen Betrag von monatlich 140 000 M. verauslagern.

Stadtv. Ritter (Soz.): Wir beantragen Ausschussberatung, um uns über Einzelheiten der Vorlage näher auszusprechen. Die Grenze von 2000 M. kann vielleicht um 500 M. erhöht werden. Die Kriegszulage von 33 Pf. pro Tag beträgt etwa 8 Proz.; die Preise der Lebensmittel sind aber in ganz anderem Umfange in die Höhe gegangen. Ich selbst habe die Einkünfte meines Haushalts um 18 Proz. erhöhen müssen. Bei 2000 M. Einkommen wäre die Zulage gar nur eine Erhöhung um 5 Proz. Brot und Hülsenfrüchte sind um nahezu 100 Proz. im Preise gestiegen. Weiter wünschen wir gewisse Unbequemlichkeiten aus dem Magistratsantrag zu beseitigen. Einige Betriebe haben schon zu Anfang des Krieges eine Teuerungszulage eingeführt; in der Vorlage wird der 1. April 1915 als Anfangstermin der Zahlung in Aussicht genommen. Es fragt sich ferner, ob auch diejenigen die Kriegszulage bekommen sollen, die von der Stadt Kost und Logis erhalten.

Die Vorlage wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 10 1/2 Uhr.

Verlustlisten.

Die Sonder-Verlustliste des Deutschen Heeres (Unermittelte) Nr. 4 wird bekanntgegeben.

Die Verlustliste Nr. 108 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

- Stappen-Inspektion der 9. Armee.
- 3., 4. und 5. Garde-Regiment z. P.; 1. Garde-Erf.-Reg.; Garde-Gren.-Regiment Alexander, Franz und Elisabeth; Garde-Füsil.-Reg.; Garde-Schützen- und Garde-Inf.-Schützen-Bat.; Gren.-Jäg.-Bn.; Inf.-Regimenter Nr. 2, 4, 7, 9, 14, 16, 17, 18, 20, 21 (siehe auch Erf.-Inf.-Reg. Keller), 22, 23 (siehe auch Komb. Erf.-Bat. der Inf.-Regimenter Nr. 23 und 63), 25, 27, 28, 30, 32, 33, 34, 35, 42, 45, 49, 50 (siehe Erf.-Inf.-Reg. Keller), 51, 52, 53, 57, 58, 60, 62, 63 (siehe auch Erf.-Inf.-Reg. Nr. 7 der Div. v. Menges), 67, 69, 72, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 81, 82, 84, 86, 87, 88, 89, 91, 95, 96, 99, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 120, 131, 132, 136, 137, 141, 147, 148, 150, 151, 152, 154, 155 (siehe Erf.-Inf.-Reg. Keller), 158, 159, 162, 166, 169, 172, 174, 175, 176; Inf.-Regimenter Nr. 1, 5 (siehe Erf.-Inf.-Reg. Keller), 6, 7 (siehe Erf.-Inf.-Reg. Keller), 11, 13, 18, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 29, 38, 39, 48, 49 (siehe auch Erf.-Inf.-Reg. Keller), 55, 56, 57, 59, 67, 70, 77, 79, 80, 83, 87, 88, 91, 93, 94, 98, 111, 201, 203, 208, 211, 214, 217, 218, 219, 220, 224, 233, 238, 240, 250, 251, 252, 253 (siehe auch Feld-Maschinengew.-Büge Nr. 1 und 2), 255, 256, 262, 266; Erf.-Inf.-Regimenter Nr. 7, und 9 der Div. v. Menges, 29, Keller, Königsberg 1; Inf.-Reg. Nr. 4; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 4, 6, 8 (siehe auch Erf.-Inf.-Reg. Keller), 10 (siehe Erf.-Inf.-Reg. Nr. 9 der Division v. Menges), 13, 18, 20, 21, 22, 23, 24, 29, 30, 39, 40, 51 (siehe Erf.-Inf.-Reg. Nr. 7 der Div. v. Menges), 60, 75, 76, 80, 81, 84, 110, 116, 118; Landw.-Erf.-Reg. Nr. 4; Besatzungs-Reg. Nr. 2 der Brigade Doussin; Feld-Bat. Reiter des Detachements Plantier; Leberplanmäßiges Landw.-Inf.-Bat. Nr. 3 des 4. Armeekorps; Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 21, 42, 44, 49, 58 (siehe Erf.-Inf.-Reg. Nr. 20), 84; Kombiniertes Inf.-Bat. der Inf.-Regimenter Nr. 23 und 63 (siehe Erf.-Inf.-Reg. Nr. 7 der Div. v. Menges); Landw.-Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 29, 30 und 41 (siehe Landw.-Erf.-Reg. Nr. 4); Landw.-Bataillone 2. Deut. 3. Frankfurt a. O., Kattowitz, Samter, Woldenberg; Jäger-Bataillone Nr. 1, 4, 6, 7, 14; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 3; Festungs-Maschinengew.-Abteilungen Nr. 2, 11, 15; Ref.-Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 1; Feld-Maschinengew.-Büge Nr. 1 und 2.
- Garde-Kür.; Kürassiere Nr. 2, 3, 8; Schwere Ref.-Reiter Nr. 2; Dragoner Nr. 10, 15; Husaren Nr. 2; Ref.-Husaren Nr. 4, 9; Mlanen Nr. 7 (siehe Komb. Kav.-Reg. v. Plowow), 12, 13; Jäger zu Pferde Nr. 3; Komb. Kav.-Reg. v. Plowow; Ref.-Abteilungen Nr. 46, 78, 79.
- Feldart.-Regimenter Nr. 2, 9, 11, 16, 24, 38, 39, 50, 52, 57, 60, 69, 73, 79, 82; Ref.-Regimenter Nr. 3, 18, 19, 30, 40, 57, 61, 62, 67, 68; 1. Landst.-Bat. des 7. Armeekorps.
- 2. Garde-Füsil.-Reg.; Füsil.-Regimenter Nr. 5, 6, 9, 10, 13; Ref.-Füsil.-Regimenter Nr. 2, 4, 8, 18, 20; Füsil.-Erf.-Bat. Nr. 27; Füsil.-Landw.-Bataillone Nr. 1 und 2.
- Pion.-Regimenter Nr. 18, 20, 25; 1. Garde-Pion.-Bat.; Pion.-Bataillone I. Nr. 1, I. Nr. 5, I. Nr. 7, I. Nr. 8, II. Nr. 11, I. und II. Nr. 15, III. Nr. 16 (Weber); Ref.-Pion.-Bat. Nr. 39; Pion.-Erf.-Bat. Nr. 21; 78. Pion.-Ref.-Komp. (siehe Pion.-Ref.-Bat. Nr. 39); 101. Pion.-Ref.-Komp.; 2. Landw.-Pion.-Komp. des 1., 3. des 6. und 1. des 16. Armeekorps; Festungs-Scheinwerfer-Bug Nr. 20.
- Feld-Luftschiffer-Abt. des 23. Reservekorps; Festungs-Luftschiffertruppe; Etappen-Kraftwagen-Kol. Nr. 57.
- Artillerie-Munitionskol. Nr. 7 des 7. Armeekorps.
- Fortifikationen Breslau und Königsberg i. Pr.; San.-Komp. Nr. 2 des 17. Armeekorps; Ref.-San.-Komp. Nr. 15 des 1. Reservekorps.
- Ref.-Divisions-Brückentrain Nr. 8 der 8. Ref.-Div.; Schwere Prot.-Kol. Nr. 8 des 5. Armeekorps; Etappen-Führer-Kol. Nr. 2 des 5. Armeekorps.

- Die bayerische Verlustliste Nr. 170 meldet Verluste des Inf.-Leib-Reg. München; 2., 4., 5., 7., 11., 12., 19., 21., 23. Inf.-Reg.; Schmeich-Bat. Nr. 1; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 4, 5, 6, 11, 13; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 1; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 2.
- Die sächsische Verlustliste Nr. 130 veröffentlicht Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 101, 103, 104, 107, 179, 182; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 103, 106, 107, 241, 242, 244; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 107; Landst.-Inf.-Bataillone Pirna, Großenhain; Erf.-Bat. Ref.-Reg. Nr. 102; Landw.-Regimenter Nr. 100, 101; Ref.-Jäger-Bataillone Nr. 12, 13, 25.
- Feldart.-Regimenter Nr. 12, 68, 77, 78; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 23, 24, 53; Erf.-Abt., Feldart.-Reg. Nr. 48; Leichte Feldbatterien-Abt., 12. Ref.-Armeekorps; Landst.-Feldbatterie, 19. Armeekorps.
- Pion.-Bataillone I. Nr. 12, 22; II. Nr. 12, 22; Ref.-Pion.-Kompagnien Nr. 53, 54; Landw.-Pion.-Komp., 12. Armeekorps; 2. Landst.-Komp., 12. Armeekorps.
- Feldflieger-Truppen.
- Eisenbahn-Baufkompagnien Nr. 7, 8; Ref.-Eisenbahn-Bau-Komp. Nr. 7.
- Die württembergische Verlustliste enthält Verluste des Ref.-Inf.-Reg. Nr. 248 und Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Aus Groß-Berlin.

Charlottenhof-Baumgartenbrück-Wildpark.

Wir fahren mit einem der zahlreichen Züge, die Berlin mit Potsdam verbinden, eines Vormittags nach der Havelstadt. Am Bahnhof besteigen wir eine der elektrischen Straßenbahnen, deren Schild uns lehrt, daß sie nach Charlottenhof und noch darüber hinausfährt. Bis Charlottenhof fährt man für 15 Pf., wir legen noch eine Kleinigkeit zu, um bis zum Ende der Straßenbahn zu fahren. Sie führt uns unmittelbar an den Rand der Birschheide. Links der Eingang zum Lustschiffhallenbau. Durch die Waldbäume, wenige Schritte entfernt, fällt der wichtige Umriß der dunkelgrünen Zeppelinhalle in unser Auge. Aber wir wollen uns heute von Kriegsbildern frei machen, so gut oder so schlecht es geht. Wir haben die von Potsdam nach Alt-Geltow führende Waldchauffee vor uns. Links von ihr im Walde führt ein Weg entlang, den wir einschlagen, durch die Birschheide hindurch (rechts von der Chauffee liegt der eingatterte Wildpark), bis wir, kurz vor Geltow, wieder auf die Chauffee herabsteigen, um auf dieser das langgestreckte aber gemütliche Dorf zu durchwandern. Gegen sein Ende erblicken wir einen schräg links zwischen Obstgärten aufsteigenden Fahrweg, auf dem wir abbiegen. Wenn wir uns im Aufsteigen bisweilen umtenden, zeigen sich uns prächtige Landschaftsbilder, mit dem dunkelgrünen hügeligen Wildpark als Hintergrund. Je höher wir steigen, um so mehr tritt die Havel in das Bild. Dann geht es auf der anderen Seite der Hügel bergab und wir stehen bei Baumgartenbrück, dem beliebten Ausflugslokal der Potsdamer, mit der schlanken eisernen Spannbrücke über die Havel, die die alte romantische hölzerne Zugbrücke abgelöst hat. Links die weite Fläche des Schwielowsees, nach rechts jenseits des Wassers das ausgedehnte Dorf Werder.

Wenn wir uns nach genugem Raft dem zweiten Teile des Ausflugs zuwenden, so gehen wir von Baumgartenbrück

aus links auf der Chauffee am Schwielowsee einige Minuten entlang, bis auf der linken Seite ein Fußsteig in die Höhe führt. Auf diesem kommen wir zu einer den Hügel krönenden Villa, lassen sie rechts liegen und erreichen im Bogen nach links allmählich wieder Geltow, von wo aus wir die Chauffee nach Potsdam wieder einschlagen, die — ausgenommen bei staubigem Wetter — eine angenehme Wanderung bietet. Auf der linken Seite zeigt sich späterhin ein Häuschen mit einem Tor, das sogenannte Südtor des Wildparks, durch das wir in den schönen Wald eintreten. Vor uns, etwas zur Linken, zeigt ein Wegweiser zum Bayerischen Haus, das wir in nicht viel mehr als fünf Minuten erreichen. An schönen Tagen bietet ein Aufenthalt im Freien hier bei einer Tasse Kaffee eine ausgezeichnete Erholung. Ein breiter Parkweg führt von hier weiter durch ausgedehnte Bestände großer Eichen, die mit anderen Baumarten wechseln, nach der Station Wildpark. Es fällt uns schwer, aus dem überaus friedlich schönen Walde herauszutreten, um uns wieder von einer qualmenden Lokomotive nach Berlin schleppen zu lassen.

Man kann diesen Ausflug beliebig verlängern, indem man z. B. von Baumgartenbrück aus erst nach dem hübschen Dorfe Bezow wandert, oder indem man nicht in Station Wildpark einsteigt, sondern von hier am Waldrande südlich wieder zur Birschheide zurückwandert und wie auf dem Herwege die Elektrische benutzt, um erst in Potsdam den Zug zu besteigen.

Wir haben keine weiße, aber doch ziemlich rauhe Ostern gehabt, und von allen augenfälligen Blumen waren die des blauen Veberblüchens in den feuchten Nischwäldern die einzigen, die sich zeigten. Von den übrigen Osterblumen war im Freien noch nichts erschlossen. Aber sie werden nun mit Nacht nachrücken und schneller als gehofft, dürfte sich auch die Obstblüte in Werder erschließen. Zu dieser Zeit wird die geschilderte Tour besonders zu empfehlen sein, weil der Blick dann von weitem auf weiße Blütenflächen fällt. Aber auch zu jeder anderen Zeit gehört der Ausflug zu den Lohnendsten, die um Berlin unternommen werden können.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung

hatte gestern eine inhaltreiche Tagesordnung zu erledigen. Die Teilnahme der Tribünenbesucher galt besonders dem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeitsnachweis-Antrag.

Den Segen einer geregelten Arbeitsvermittlung auch den kaufmännischen und technischen Angestellten zu bringen, ist der Zweck des Antrages unserer Genossen. Wie notwendig es ist, daß hier die Gemeine eingreift, zeigte Genosse Brückner in lehrreichen Ausführungen. Er beleuchtete die Mißstände auf dem Stellenmarkt, unter denen die Stellenjäger dieser Berufsgruppen leiden. Die Redner des Freisinnigen schienen nicht sehr geneigt, auf die gegebene Anregung einzugehen. Sie sahen kein richtiges „Bedürfnis“, an der bisherigen Art der Stellensuche für kaufmännische und technische Angestellte etwas zu ändern. Auch der Magistratsvertreter äußerte sich nicht gerade verheißungsvoll. Der Antrag ging an einen Ausschuß.

Zur Uebernahme der Berliner Elektrizitätswerke durch die Stadt wurden gestern die durch Anleihe zu beschaffenden Mittel bewilligt. So manchem Freisinnigen merkte man es an, daß er dabei der Not gehorchte, nicht dem eigenen Trieb. Magistrat und Stadtverordnete tun nur, was sie müssen, weil ein neuer Vertrag nicht zustande kommen könnte. Mit Befriedigung sieht allein die sozialdemokratische Fraktion dieser endlichen Erfüllung ihrer alten Forderung zu. Was unser Genosse Heimann über den sozialdemokratischen Gedanken einer kommunalen Verwaltung solcher Betriebe sagte, nahmen die Redner des Freisinnigen keineswegs beifällig auf. Besonders Stadtverordneter Rommensen, der unentwegte Verstädtlichungsgegner, erging sich in Plaudereien. Seinen Angriffen auf den Magistrat trat Oberbürgermeister Bermuth entgegen.

Für die Berliner Jugendkompagnien will der Magistrat aus dem Stadtfiskus Geld hergeben, obwohl er weiß und selber zugibt, daß so etwas nicht Sache der Gemeinde ist. Folgerichtiger denkt und handelt, wie hierzu Genosse Bruns bemerkte, die sozialdemokratische Fraktion. Sie ist derselben Meinung wie der Magistrat und erklärte sich daher gegen die Beihilfe. Die Freisinnigen bewilligten sie dem Magistrat.

Ueber die vom Magistrat beantragte Kriegszulage für Gemeindearbeiter usw. wird noch ein Ausschuß beraten. Genosse Ritter zeigte ihre Unzulänglichkeit gegenüber der Steigerung vieler Lebensmittelpreise und forderte vom Ausschuß, mehr zu gewähren.

Kontrollversammlungen.

In der Zeit vom 16. bis 30. April d. J. finden aus dem Hofe der Bezirkskommandos in Berlin-Schöneberg, General-Pape-Strasse, Kontrollversammlungen für die noch nicht zum Waffendienst einberufenen oder aus irgendeinem Grunde wieder entlassenen Mannschaften der Reserve, Landwehr I. und II. Aufgebots einschließlich Offizieraspiranten und Offizierstellvertreter, des ausgebildeten Landsturms, der Ersatzreserve und derjenigen Personen statt, die bereits dem aktiven Heere angehören, sei es wegen Krankheit zur Erholung — sofern marschfähig — sei es aus anderen Gründen sich hier auf Urlaub befinden.

Die näheren Bestimmungen sind aus den öffentlichen Bekanntmachungen ersichtlich, welche am 9. November 1914 und 22. April d. J. an den Waffensäulen angeschlagen werden. Außerdem sind die Bekanntmachungen auf allen Bahnhöfen und in den Polizeirevierern angebracht. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß diesmal auch die Mannschaften der Landwehr zweiten Aufgebots, des ausgebildeten Landsturms, und die hier auf Urlaub befindlichen, dem aktiven Heere bereits angehörnden Personen, bei den Kontrollversammlungen erscheinen müssen.

Die in Lazaretten befindlichen verwundeten Mannschaften sind zum Erscheinen bei den Kontrollversammlungen nicht verpflichtet.

Vielseitig und vielversprechend.

Ein vielseitiger Schwindler ist ein noch nicht ganz 20 Jahre alter Fürstgeizgöling Reinhard P., der von der Kriminalpolizei eifrig gesucht wird. Der junge Durche, der schon den wilden Mann spielt, tritt unter den verschiedensten Namen auf. Als Dr. Th. Meyer, Assistenzarzt im Krankenhaus am Friedrichshain, erschwand er sich in einem Papiergeschäft, in dem er eine Menge Rezeptformulare bestellte, zwei Fälscherhalter. Als „Arzt“ des Polizeipräsidiums versuchte er eine Frau um 5 M. „Rahngeld“ zu pressen unter der Vorpiegelung, daß ihr Sohn, ein Fürstgeizgöling aus

Drumburg nach Hause gebracht werden solle, weil die Erziehungsanstalt in ein Lazarett umgewandelt worden sei. Bei anderen Frauen trat er als Arzt und Bruder des Reviervorstehers auf, untersuchte die Kinder und verschrieb ihnen Heilmittel. Hier nannte er sich Dr. Mittelstädt. Kriegserwitwen stellte er sich als Beauftragter des Kriegsministeriums vor, versprach ihnen billige Beschaffung von Nahrungsmitteln aller Art und nahm ihnen „Vorkasse“ ab. Die Frau eines Reservisten betrog er um 86 M. mit der Behauptung, daß diese für Bäder im Lazarett zu zahlen seien, und daß ihr Mann sofort wieder ins Feld ausrücken müsse, wenn sie nicht begabht würden. Als „Arzt“ im Gefangenenlager Alt-Damm, zurzeit in der Kaserne des Garde-Mlanenregiments, untersuchte er die Kinder einer anderen Kriegserwitwe und betrog die Frau um 12 M. für die sie Kartoffeln erhalten sollte. Einen ähnlichen Schwindler verübte er als „Magistratsbeamter“ ebenfalls gegen eine Kriegserwitwe. „Dr. Mittelstädt“ nannte er sich wieder in Jostitz, wo er als „Beamter der Unfallstation Berlin“ bei den Eltern eines ertrunkenen Knaben erschien, die polizeiliche Freigabe der Leiche für falsch erklärte, weil das Unfallamt Berlin befragt worden sei, und den Leuten 40 M. abschwindelte unter der Vorpiegelung, daß er sie an den Sargträger abliefern wolle. Dann kam der Gauner wieder nach Groß-Berlin und betrog eine Frau in Neutöln um 67 M., für die er rüchändige Miete und Krankenkassenbeiträge bezahlte und Kartoffeln beschaffen wollte. In Stargard betrog er als „Magistratsbeamter“ die Frau eines Kriegers um 85 M. „Rahngeld“, wofür er eine große Mietunterstützung in Aussicht stellte, und als „Gerichtsfekretär Schmidt“, „aus Stettin kommandiert“, ein Lederwarengeschäft um mehrere Damenhandtaschen. Bald darauf trat er wieder in Berlin auf, jetzt als „Unterarzt Verwald aus Anklam“, zugeteilt dem Garde-Füsilier-Regiment. So stellte er sich in einem Militär-effektengeschäft vor und erschwand sich einen Degen mit Portepee. Hier trug er eine Armbinde des Roten Kreuzes mit der Aufschrift „Charité“. Diese Schwindeleien zeigen wieder, wie vorsichtig man gegenüber Leuten sein muß, die als Beauftragte von Behörden irgend welcher Art erscheinen, Unterstützungen in Geld, Nahrungsmitteln oder dergleichen versprechen, sich dafür aber Gebühren, Anzahlungen, Vorkasse usw. zahlen lassen. Einzig richtig wäre es solche „Beauftragte“, wenn sie sich nicht einwandfrei ausweisen können, sofort festnehmen zu lassen. Nur so kann dem Treiben dieser Gauner ein Ende gemacht werden.

Theaterschmerzen.

Aus den Kreisen von Volksbühnenmitgliedern werden uns Klagen übermittelt über Enttäuschungen beim Besuch der Volksbühnentheater. Es wird geklagt, daß man bei den Sonntags-nachmittagsvorstellungen nicht mit Bestimmtheit darauf rechnen könne, ein Billet zur Vorstellung zu erhalten, trotzdem die Vorstellung schon lange vorher für die Mitglieder festgesetzt sei und auch die Billets vorher entnommen und bezahlt werden müßten. Ein Besucher verfährt so:

„Ich besuchte am Sonntag, den 14. März, abends, die Vorstellung im Volksbühnen-Theater und erhielt dort den Bescheid, daß die Billets leider schon vergriffen waren, wir müßten ein anderes Mal wiederkommen. Unter den circa 200 Mitgliedern, die davon betroffen wurden, entstand erklärlicherweise einige Aufregung, namentlich als bekannt wurde, daß an der Theaterkasse immer noch Billets zu haben waren. Dem energischen Einschreiten mehrerer Mitglieder war es zu danken, daß der Billetverkauf eingestellt wurde und die vorhandenen Billets, es waren ausschließlich Billets zu den teuersten Plätzen, an die Mitglieder weitergegeben wurden. Trotzdem viele Mitglieder schon nach Hause gegangen waren, mußten dennoch circa 100 Mitglieder in den Seitengängen stehend der Vorstellung beiwohnen.“

Am 1. Osterfesttag ist es mir nun im Vestingtheater ebenso ergangen. Auch dort erhielt ich und über 100 andere Mitglieder die Mitteilung, daß die Billets schon verausgabt waren. Alles Protestieren half nichts, wir mußten ununterrichteter Dinge wieder nach Hause fahren. Das Schöne bei der ganzen Sache ist aber, daß man riskieren kann, als Nachzügler bei der nächsten Vorstellung daselbe Schicksal zu erleiden und daß man dann sein Geld und seine freie Zeit nutzlos verschwendet. So wurde mir von mehreren Mitgliedern erzählt, daß sie schon zum zweitenmal versuchten, ein Billet zu erhalten, jedesmal ohne Erfolg, denn diese Mitglieder werden ebenfalls als Nachzügler betrachtet und müssen, falls sie überhaupt zu der Vorstellung zugelassen werden, sich in den meisten Fällen mit einem Stehplatz begnügen. Die hier geschilderten Verhältnisse halten schon während der ganzen Saison an. Abhilfe ist dringend erforderlich.“

Wir haben uns an maßgebender Stelle über die Sachlage unterrichtet. Es ist uns mitgeteilt worden, daß Billets für Mitglieder bis kurz vor Beginn der Vorstellung ausgegeben würden; daß aber an verschiedenen Abenden und bei einigen Vorstellungen in anderen Theatern Mißbilligkeiten vorgekommen seien, die von der Verwaltung bedauert würden. Es sei sicher verständlich, wenn unter den von den Unannehmlichkeiten betroffenen Mitgliedern eine Verärgerung plaggreife, aber man sei bemüht, nach Möglichkeit die Wiederholung dieser Vorgänge zu vermeiden. Wir möchten die Beschwerdeführer bitten, sich in Zukunft mit ihren Beschwerden direkt an die Verwaltung zu wenden, die alles tun wird, Abhilfe zu schaffen.

Totgefahren.

Ein tödlicher Straßenunfall hat sich in Köpenick ereignet. An der Ecke der Müggelheimer und Marienstraße geriet die zwölfjährige Erna Knothe aus der Müggelheimer Straße 41 beim Spielen gegen ein Milchfuhrwerk und wurde umgerissen. Das Mädchen kam unter den Wagen und ein Vorderrad ging ihm über den Kopf hinweg. Die Schwerverletzte fand im Kreis-Krankenhaus Aufnahme, starb aber bald darauf, ohne die Befinnung wiedererlangt zu haben.

Vertilgungsmittel gegen Ungeziefer.

Vor einiger Zeit ist in der Presse auf die Ursache der Uebertragung des Fleckfiebers und hierbei auch auf das Ungeziefer-vertilgungsmittel „Salforose“ hingewiesen worden. Von amtlicher Seite wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Ungeziefer-vertilgungsmittel „Salforose“ nach Angabe der Fabrik chemisch-pharmazeutischer Produkte von Albert Schöky, Hamburg, Schulerblatt 58, in eigens dazu hergestellten, geschickt geschützten Apparaten verbrannt werden muß, und daß für je 100 Kubikmeter Luftraum 2 1/2 Kilogramm (2,000 Liter) ausreichend sein sollen. Ferner wird bemerkt, daß nach neueren Versuchen dem 3proz. Kresolpulver, der aus Trifreol unter Anwendung von Tall, Magnesia usta und Bolus alba hergestellt und zweckmäßig in einem handlichen, mit Vudersieb versehenen Kästchen dispensiert wird, eine starke Wirksamkeit den Kleiderläusen zukommt.

Eine Erfrischungshalle vom Roten Kreuz ist am 1. April in der Potsdamer Str. 6 für unsere Krieger eröffnet worden. Für den geringen Preis von 5 Pf. wird dort in der Zeit von 10—12 und 4—6 1/2 Uhr eine große Tasse Kaffee, Kakao oder Fleischbrühe verabfolgt. Außerdem erhält jeder Soldat, so weit der Vorrat reicht, als Geschenk eine Zigarre oder einige Papiertüten. Vier verschiedene Zeitungen liegen zum Lesen aus, auch ist Schreib Gelegenheit für mehrere Personen vorhanden. Ein an die Halle anschließender Garten kann ebenfalls zum Aufenthalt benützt werden.

